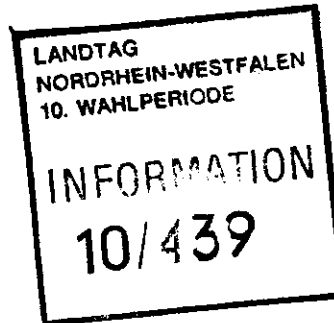


DER MINISTER FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG
DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN

DÜSSELDORF, den 16. Dez. 1988
Völklinger Straße 49 · Postfach 1103 · 4000 D1
Fernruf (0211) 30321, Durchwahl 3032/
Telex 8581993 mwf d
Telefax (0211) 3032348
IV B 1 - 4013.89

An den
Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1

4000 Düsseldorf



Betr.: 38. Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung
am 6.10.1988;

hier: Unterrichtung der Mitglieder des Ausschusses über
die Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft

Bezug: Ausschlußprotokoll 10/1003 S.13 vom 6.10.1988

Anlg.: - 1 -

In den Beratungen des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung
hat Herr Kniola, MdL, darum gebeten, den Abgeordneten die Geschichte
der Max-Planck-Gesellschaft zugänglich zu machen.

Zur Information der Ausschlußmitglieder leite ich Ihnen eine Kopie
der Broschüre "75 Jahre Max-Planck-Gesellschaft" zu.

MM I 10/439 =

(Anke Brunn)

75 Jahre Max-Planck-Gesellschaft

MM I 10 / 439

Ein Kapitel deutscher Forschungsgeschichte

Teil 1: Gründungsgeschichte und erste Aufbauphase der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft

Robert Gerwin, München

Wenn jemand in die Jahre kommt, dann erscheint es fast unvermeidlich, daß um sein Leben und seine Person Legenden gewoben werden. Einer Forschungsorganisation ergeht es dabei kaum anders als einem einzelnen. Dieser Bericht versucht, solcher Legendenbildung entgegenzuwirken und ein gleichermaßen nüchternes wie unpräntöses Bild zu zeichnen. Er versucht, die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft, ihrer Institute und der dort verfolgten Forschungsrichtungen anhand einiger typischer Beispiele und unter Einbeziehung des wissenschaftlichen, wissenschaftspolitischen und politischen Umfelds zu beschreiben. Das geschieht zum Teil unter Verwendung neuer Materialien, die das seit 1976 in Berlin arbeitende Archiv der Max-Planck-Gesellschaft in den letzten Jahren erworben und erschlossen hat. Es geschieht außerdem im Vorgriff auf einen Sammelband, der aus Anlaß des 75. Geburtstags der Max-Planck-Gesellschaft Mitte 1986 unter dem Titel „Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft“ bei der Deutschen Verlags-Anstalt, Stuttgart, erscheint.

Beginnen wir den Exkurs in die Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft nicht mit dem Geburtstag im Jahr 1911, auch nicht mit dem Geburtsort Berlin, sondern mit einem Ereignis in der schwabischen Landeshauptstadt Stuttgart vor knapp drei Monaten, im Oktober 1985.

Das Haus glich einem Hexenkessel. Jubel erfüllte das Stuttgarter Max-Planck-Institut für Festkörperforschung, und sogar Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth war mit von der Partie. Man feierte Klaus von Klitzing, den frischgebackenen Nobelpreisträger. Vor fünf Jahren hatte er als Forschungsstipendiat in einer Außenstelle des Stuttgarter Insti-

tuts, im Hochfeld-Magnetlabor in Grenoble, seine entscheidenden Messungen durchgeführt. Mit 42 Jahren war er jetzt bereits Direktor am Institut, zählte er zu dem erlauchten Kreis der fast 200 Wissenschaftlichen Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft, die an der Spitze der etwa 4000 in den Max-Planck-Instituten arbeitenden Forscher stehen.

Aber nicht nur für das Stuttgarter Institut, für alle Wissenschaftler und Mitarbeiter der Max-Planck-Gesellschaft war dieser 16. Oktober 1985 ein großer Tag. Mit dem von den Medien so ausführlich gewürdigten Ereignis wurde auch der breiten Öffentlichkeit vor Augen geführt, daß sich die Max-Planck-Gesellschaft, trotz eines Alters von nunmehr 75 Jahren, unvermindert jung gehalten hat.

Zu Recht wird die Max-Planck-Gesellschaft mit den meist alten großen Forscherpersönlichkeiten unseres Jahrhunderts identifiziert, mit Max Planck und Albert Einstein, Emil Fischer und Fritz Haber, Max von Laue und Otto Hahn, Lise Meitner und Otto Warburg, Otto Meyerhof und Richard Kuhn, Adolf Butenandt und Kari Ziegler, Manfred Eigen und Konrad Lorenz. Doch dabei wird meist übersehen, daß auch sie alle einmal jung waren und oft gerade als junge Wissenschaftler ihre bewunderten Forschungsbeiträge geleistet haben. Beispielsweise erhielt auch Manfred Eigen den Nobelpreis bereits im Alter von 40 Jahren. Adolf Butenandt war erst 36 Jahre alt, und Werner Heisenberg bekam diesen „Preis der Preise“ sogar schon mit 30 Jahren. Diese Tradition wurde nun mit Klaus von Klitzing (nach Georges Köhler vom Max-Planck-Institut für Immunbiologie in Freiburg, 1984 Nobelpreis für Physiologie oder Medizin) fortgesetzt.



Abb. 1. Pressekonferenz im Max-Planck-Institut für Festkörperforschung in Stuttgart-Büsnau am 16. Oktober 1985: Prof. Dr. Klaus von Klitzing, Nobelpreis für Physik 1985 (links im Bild), Robert Gerwin, München, der die Konferenz leitete, und Prof. Dr. Hans-Joachim Queisser, der im kollegial geleiteten Institut für die Außenbeziehungen verantwortliche Direktor.

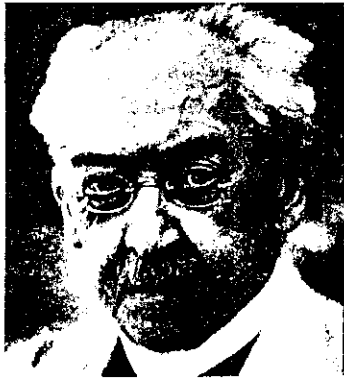
Die Gründung und ihre Vorgeschichte

Die Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., so lautet ihr voller Name, wurde als Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wis-

Robert Gerwin (geb. 10. Dezember 1922), Wissenschaftsjournalist und Buchautor, leitet seit 1971 in der Max-Planck-Gesellschaft das Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. — Für wertvolle Anregungen und kritische Durchsicht des Manuskripts dankt der Autor besonders Dr. Marion Kazemi und Dr. Eckart Henning, Archiv der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin, sowie Dr. Bernhard vom Brocke, Mitherausgeber des Sammelbands „Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft, Zum 75jährigen Bestehen der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft“.

Max-Planck-Gesellschaft, Postfach 647, 8000 München 1.

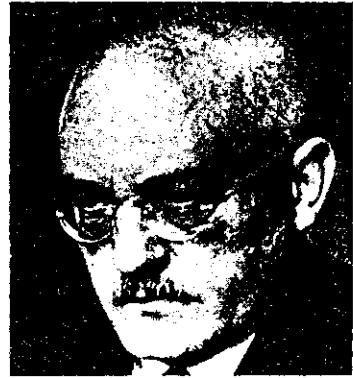
Acht Präsidenten haben der Gesellschaft in 75 Jahren gedient:



Adolf von Harnack (1911—1930)



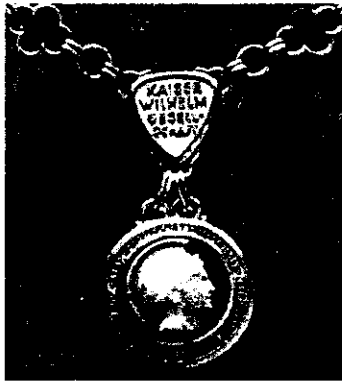
Max Planck (1930—1937, 1945—1946)



Carl Bosch (1937—1940)



Albert Vögler (1941—1945)



Amtskette



Otto Hahn (1946—1960)



Adolf Butenandt (1960—1972)



Reimar Lüst (1972—1984)



Heinz A. Staab (seit 1984)

senschaften am 11. Januar 1911 gegründet, im großen Sitzungssaal der Königlichen Akademie der Künste in Berlin. 83 stimmberechtigte Mitglieder des neuen Vereins waren zu der konstituierenden Sitzung erschienen. Den Vorsitz führte der preußische Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Exzellenz August von Trott zu Solz. Vorher hatte der damals im 60. Lebensjahr stehende, bereits 1902 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Chemiker Emil Fischer, einer der angesehensten Berliner Professoren, in Anwesenheit des Kaiserpaars einen Experimentalvortrag gehalten.

Die von der Abteilung für Kunst und Wissenschaft im Trottischen Ministerium ausgearbeitete Vereinssatzung wurde nach kurzer Diskussion und einigen, die Höhe des Jahresbeitrags betreffenden Änderungen einstimmig verabschiedet. Jedes Mitglied hatte ein Eintrittsgeld von mindestens 20 000 Mark zu entrichten, etwa das Zehnfache nach heutiger Währung, also etwa 200 000 DM. Der jährliche Mitgliedsbeitrag betrug 1000 Mark. Der ursprünglich vorgeschlagene Jahresbeitrag von 1500 Mark erschien der Mehrzahl der Mitglieder als zu hoch.

Als Zweck der „unter dem Protektorat Seiner Maje-



Abb. 2. Ein Bild von der konstituierenden Sitzung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft am 11. Januar 1911 ist uns nur in der Form einer Reproduktion aus der „Berliner Illustrierten“ erhalten geblieben. Am Vorstandstisch sitzen Prof. Harnack (2), Fürst Henckell Donnermark (3), Kultusminister von Trott zu Solz (4) und Prof. Emil Fischer (6).

stät des Deutschen Kaisers, Königs von Preußen“, stehenden Gesellschaft nannte § 1 der Satzung lapidar, „die Wissenschaften, insbesondere durch Gründung und Erhaltung naturwissenschaftlicher Forschungsinstitute, zu fördern“. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft solle, so erklärte Kultusminister von Trott zu Solz dazu, „eine völlig freie Gesellschaft sein“, und es werde „nirgends eine behördliche Einwirkung stattfinden“. In seinem Schlußwort fügte der Minister hinzu: „Ich glaube, daß gerade in einem solchen Zusammenwirken ihrer Gesellschaft und der staatlichen Verwaltung Ersprießliches erreicht werden kann und daß die hohen Intentionen Seiner Majestät des Kaisers und Königs, der dieser Gesellschaft die Ziele gewiesen hat und Großes von ihr erhofft, ihre Erfüllung finden werden.“

Doch die Gründung einer solchen Forschungsorganisation außerhalb der Hochschulen in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins war, im Gegensatz zur Sprachregelung bei öffentlichen Auftritten, nicht die originäre Idee Wilhelms II. gewesen. Er begleitete dieses Vorhaben mit viel Verständnis und großem Wohlwollen und setzte sich dafür auch erheblich persönlich ein. Sein Gründungsauftrag bei der Hundertjahrfeier der Berliner Universität, drei Monate zuvor, war, um es im Pathos jener Tage zu sagen, das entscheidende Fanal, das das Großbürgertum des Kaiserreiches — Großunternehmer, Bankiers, Industrielle und Kaufleute — in so erstaunlichem Umfang durch Beitritt zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften bewegte. Aber der Anstoß kam von anderer Seite.

Auch war der Kaiser, wie wir heute wissen, nicht erst durch die Denkschrift motiviert worden, die ihm der evangelische Theologe, Kirchengeschichtler und, wie man heute sagen würde, Wissenschaftspolitiker Adolf Harnack unter dem Datum vom 21. November 1909 überreicht hatte. Darin griff Harnack (ein später bei akademischen Festansprachen gern zitierter Gedanke) kühn auf Wilhelm von Humboldt, den Organisator der Wissenschaft und des höheren Unterrichts in

Preußen, zurück. Dieser habe schon 1810 besondere wissenschaftliche „Hilfsinstitute“ neben den Akademien und Universitäten als notwendig erachtet. Harnack beschwor in der Denkschrift die Notlage der theoretischen und der organischen Chemie, der experimentellen Medizin, der Biologie und der Naturwissenschaften überhaupt. Er strich in aller Breite die Leistungen des Auslands bei der Suche nach neuen Wegen der Forschungsförderung heraus, insbesondere in England und Frankreich, und beschrieb den gewaltigen Einsatz von Stiftungsmitteln in den USA, wo John D. Rockefeller im Laufe der letzten Jahre weit über 100 Millionen Mark für die medizinische Forschung gestiftet habe. Harnacks Folgerung daraus: „Die großen anderen Kulturnationen haben die Zeichen der Zeit erkannt“, und, „daß wir im bedenklichen Rückstand sind, kann niemand leugnen“.

Ergebnis langfristig angelegter Wissenschaftspolitik

Aber, so wirkungsvoll diese glänzend formulierte Denkschrift auch gewesen sein mag — und so sehr ihr Autor, Adolf Harnack, mit ihrer Erarbeitung sicher zur Konkretisierung des Gründungs-Vorhabens beigetragen hat — die Initiative dazu kam nicht von ihm, sondern aus dem preußischen Kultusministerium. Sie war, das zeigen wissenschaftshistorische Untersuchungen aus jüngerer Zeit (insbesondere durch Bernhard vom Brocke in „Das System Althoff — Bildungspolitik in Preußen zur Zeit des Kaiserreichs“, 1980), das Ergebnis weitsichtiger, langfristig angelegter staatlicher Wissenschaftspolitik, konzipiert durch den Ministerialdirektor Professor Friedrich Althoff und realisiert durch seinen engsten Mitarbeiter, Dr. Friedrich Schmidt-Ott.

Adolf von Harnack selbst (er wurde 1914 in den Adelsstand erhoben) hat dies wohl zeitlebens nicht so recht anerkennen wollen. Beispielsweise wurde 1912,

5

MM 1 10 / 439

bei der Einweihung der ersten Kaiser-Wilhelm-Institute in Dahlem, der Name Althoffs (er war im Oktober 1908 gestorben) überhaupt nicht erwähnt. In seiner Denkschrift an den Kaiser hatte Harnack nur die „sachkundige Beratung“ durch seine Kollegen Fischer und Wassermann genannt. Kein Wunder also, daß sich in Jahrbüchern und Jubiläumsschriften, Präsidentenansprachen und Beiträgen von Generalsekretären jahrzehntelang die Vorstellung hielt, die Initiative zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft sei eigentlich von der Wissenschaft ausgegangen, insbesondere natürlich von Adolf von Harnack.

Schon 1911 hatten Karl Liebknecht und Heinrich Ströbel die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im preußischen Abgeordnetenhaus als Schöpfung des Monopolkapitals, als Schöpfung „von Mammons Gnaden“ abqualifiziert. In dem wegen der Erschließung neuen Materials verdienstvollen Buch der Akademie der Wissenschaften der DDR (Berlin), „Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1911—1914“ mit dem Untertitel „Zur Anatomie einer imperialistischen Forschungsgesellschaft“ hat Günther Wendel diese Tendenz auch 1975 noch fortgesetzt. Schon bei ihrer Gründung sei die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, so Wendel, „Ausdruck der staatsmonopolistischen Bestrebungen der deutschen imperialistischen Bourgeoisie“ gewesen.

Denkt man an die selbstbewußten und in voller Wortbedeutung eigensinnigen Forscherpersönlichkeiten, die gerade in den ersten Jahren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Arbeitsrichtung und die Forschungsthemen ihrer Institute bestimmt haben, dann erscheinen solche Vorstellungen jedoch abstrus. Beispielsweise lehnte Fritz Haber, obwohl seine Berufung dem besonderen Wunsch des einflußreichen Geheimrats Leopold Koppel entsprach, stets jede Verbindung mit dessen industriellen Unternehmungen ab, wie Schmidt-Ott in seiner Autobiographie berichtet hat. Auch waren es gerade die Industriellen, die oft nur mühevoll als Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geworben werden konnten. Nein, so simpel waren die Klischees nicht, denen die Gründung dieser bis auf den heutigen Tag so ungewöhnlichen (und von Außenstehenden nach wie vor schwer zu verstehenden) Forschungsorganisation folgte.

Tatsächlich lassen sich die Pläne für die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft etwa bis in das Jahr 1892 zurückverfolgen. Die wichtigste Persönlichkeit im preußischen Kultusministerium war damals Professor Friedrich Althoff. Seit 1882 leitete er das Universitätsressort und war aufs engste mit den Problemen der Hochschulen vertraut. Dazu zählten (auch damals schon) die ständig steigenden, die Forschung überwuchernden Lehrverpflichtungen der Professoren als Folge explodierender Studentenzahlen, außerdem die zunehmende Spezialisierung in der Wissenschaft und die erheblich zunehmenden Kosten der Forschung, insbesondere im naturwissenschaftlichen Bereich. Schon damals (und nicht erst 1909) verdichtete sich das Ge-

fühl, das herkömmliche, noch auf Wilhelm von Humboldt zurückgehende Konzept der Einheit von Forschung und Lehre sei den Anforderungen der Zeit nicht mehr gewachsen, und man steuere einer Krise entgegen. Durch den beispiellosen Ausbau der Hochschulen mit immer neuen Instituten, Kliniken und Forschungslaboratorien, ließ sich das Problem (so Bernhard vom Brocke) allein nicht lösen.

Auf der anderen Seite blickte man nicht ohne Neid nach London, Paris und auf Amerika, wo bereits, zum Teil mit beträchtlichen Stiftungsmitteln, spezielle Forschungsinstitute eingerichtet wurden. In Frankreich beispielsweise hatte die Bevölkerung innerhalb kurzer Zeit 2,5 Millionen Francs für die Errichtung des Institut Pasteur aufgebracht. Aber auch in Deutschland begann man von privater Seite, ein Stiftungskapital in Höhe von 1 Million Mark zur Errichtung eines großen chemischen Forschungsinstituts, einer Chemischen Reichsanstalt, bereitzustellen.

Parallel dazu kamen Überlegungen auf, das königliche Staatsgut im Südwesten von Berlin, die Domäne Dahlem, aufzuteilen und der Besiedelung zu erschließen. Althoff wollte diese Gelegenheit beim Schopf packen, denn er sah darin eine einmalige Chance, die wachsende Raumnot der Berliner Universität zu lösen. Zunächst sollten einzelne Institute, später aber die ganze Universität dorthin verlegt werden. Dann aber verdichteten sich Althoffs Vorstellungen mehr in Richtung eines Instituts-Ensembles, die Errichtung eines Forschungszentrums von internationalem Rang, einer, wie er schrieb, „durch hervorragende Wissenschaftsstätten bestimmten vornehmen Kolonie“, eines „deutschen Oxford“.

Aufgrund von Vorverhandlungen, die Althoff mit Mitgliedern der Berliner Akademie geführt hatte, entwickelte der Abteilungsleiter für Kunst und Wissenschaft in Althoffs Ressort, Friedrich Schmidt-Ott (damals noch einfach Schmidt, ohne Ott, dem Mädchenamen seiner Frau), konkrete Pläne für hochschulfreie Forschungsinstitute in Dahlem. Unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß bei einem Wissenschaftler die Befähigungen für den Unterricht einerseits und für die Forschung andererseits selten gleichgut vorhanden seien, wurden spezielle Institute konzipiert, nämlich für Hirnforschung, Physik und Chemie, für Radioaktivität und Elektronenforschung, für Mineralchemie und physiologische Chemie, vergleichende Anatomie und vergleichende Physiologie, für Serumforschung und Anthropologie sowie zur Erforschung der Synthese-Prozesse in Pflanzen und des Einflusses von Gärungsstoffen (Enzymen) auf den Pflanzenauf- und -abbau. Die darauf fußende Denkschrift Schmidt-Otts (er war unterdessen Althoffs Nachfolger geworden) trägt das Datum vom 24. März 1909. Der Kaiser fand sie „höchst beachtenswert“, und er veranlaßte, für ein solches Instituts-Ensemble mindestens 100 Hektar der Domäne zu reservieren und die Pläne durch die „Aufteilungskommission“ für Dahlem prüfen zu lassen.

Als wenige Wochen darauf der Chef des Kaiserlich-

Königlichen Geheimen Civilcabinets, Exzellenz von Valentini (ein Schüler Althoffs während dessen Lehrtätigkeit in Straßburg) den seit der Jugend mit ihm befreundeten Schmidt-Ott fragte, welches Geschenk der Kaiser der Berliner Universität wohl nächstes Jahr zum bevorstehenden Jubiläum machen könne, antwortete dieser, wie er in seiner Autobiographie schreibt: „Natürlich muß der Kaiser uns die großen Forschungsinstitute schenken, an die Althoff bereits gedacht hat, und er muß Harnack darüber mit einer Denkschrift betrauen.“ Valentini hatte bei Althoff Jura studiert, als dieser (von 1871 bis 1882) in Straßburg Professor war.

Nach einem Vortrag Valentinis beim Kaiser erhielt Harnack am 2. September 1909, wie von Schmidt-Ott vorgeschlagen, tatsächlich den Auftrag zur Abfassung seiner berühmten Denkschrift. Diese hat viel bewegt, denn sie wurde, nach leichter redaktioneller Überarbeitung, auch massiv zur Mitgliederwerbung eingesetzt. Sie traf den Nerv der Zeit, indem sie den sich — vermeintlich oder offenkundig — abzeichnenden Rückstand der Wissenschaft auf durchaus subtile Weise zu einem vaterländischen Problem hochstilisierte. Auch uns heute ist eine solche Argumentation ja nicht unbekannt. Daß hinter alledem auch ein ganz persönliches Moment stand, persönliche Verbundenheit zwischen dem Kabinettschef des Kaisers, dessen altem Lehrer im Ministerium und dessen „Hilfsarbeiter“ Schmidt-Ott, der einmal Chef des Ministeriums werden sollte, das vermögen auch heutige Historiker nicht so leicht nachzuvollziehen.

Friedrich Schmidt-Ott, der zu Harnack immer ein sehr gutes Verhältnis hatte, erkennt in seiner Biographie neidlos an: „Die Denkschrift, die den Inhalt der Vorbesprechungen zusammenfaßte und die Harnack dem Kaiser am 21. November 1909 überreichte, war gleichwohl eine Großtat. Nachdem wir, wie es Valentini damals ausdrückte, für den Institutsplan die glänzende Feder Harnacks gewonnen hatten, gewann der nun für diesen Plan das Ohr der Öffentlichkeit.“

Auch die Ansprache des Kaisers bei der Hundertjahrfeier der Berliner Universität hat Adolf von Harnack, wie sein Sohn Axel von Harnack in der „Naturwissenschaftlichen Rundschau“ später berichtete [Jg. 16, H. 11, S. 437 (1963)], eigenhändig verfaßt. Er habe sie seiner Familie so vorgelesen, wie sie dann vom Kaiser gehalten wurde. Doch dies geschah, wie wir heute wissen, in gemeinsamer Beratung mit Schmidt-Ott und Valentini.

Die ersten Institute und der Erste Weltkrieg

Gleich nach der konstituierenden Sitzung nimmt der Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ein nahezu atemberaubendes Tempo an. Schon am 23. Januar 1911, also nur 12 Tage später, tritt zum ersten Mal der Senat zusammen, bestehend aus je zehn von der Mitgliederversammlung und vom Protektor (dem Kaiser) ernannten Senatoren. Sie wählen, wie nicht anders zu erwarten, den Wirklichen Geheimen Rat, Professor Dr. Harnack, Berlin, zum Präsidenten der Gesellschaft. Auf dessen Vorschlag hin werden dann Legationsrat Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, Essen, und Bankier Ludwig Delbrück, Berlin, zu Vizepräsidenten, Generalkonsul Franz von Mendelssohn, Berlin, und der Geheime Regierungsrat Dr. Henry T. von Boettinger, Elberfeld, zu Schatzmeistern, schließlich der Geheime Kommerzienrat Eduard Arnold, Berlin, und der Wirkliche Geheime Rat, Professor Dr. Emil Fischer, Berlin, zu Schriftführern bestimmt, alle, wie es die Satzung vorsieht, für eine Wahlperiode von fünf Jahren.

In derselben Sitzung wird aber auch bereits über Verhandlungen zur Gründung des früher als Reichsanstalt konzipierten Instituts für Chemie, die Errichtung eines Instituts für physikalische Chemie mit Mitteln der Leopold-Koppel-Stiftung und über den Ankauf der biologischen Anstalt in Rovigno (Istrien) berich-

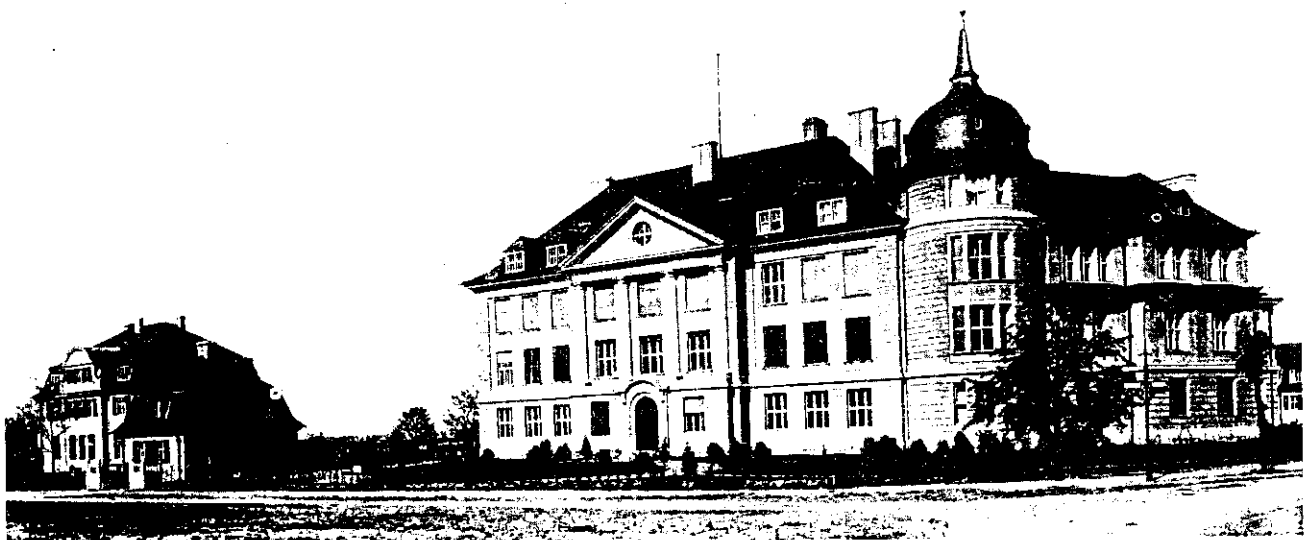


Abb. 3. Ein für seine Zeit sehr stattlicher Institutsbau war das von dem Hofarchitekten Ernst von Ihne entworfene, 1912 fertiggestellte Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie. Im Bild links die Direktoren-Villa.



Abb. 4. Am 23. Oktober 1912 wurden das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie sowie das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie eingeweiht. Der Präsident, Prof. Adolf Harnack (er wurde erst 1914 in den Adelsstand erhoben), geleitete Kaiser Wilhelm II. durch den „Kaisereingang“, der nach der Einweihung zugemauert wurde.

tet. Leopold Koppel war als Jugendlicher mittellos nach Berlin gekommen und hatte es dort durch geschickte Unternehmungen, zum Beispiel bei der Elektrifizierung der Stadt, zu einem bedeutenden Vermögen gebracht: 1905 schätzungsweise 20 Millionen Mark. Um diese Zeit war er mit seinem Freund, Geheimkommerzienrat Emil Jacob, ein jüdischer Bankier und Großindustrieller wie Koppel, bei Althoff erschienen, „um etwas für die Wissenschaft zu tun“. Dieser schlug ihm eine Stiftung vor. Mit zunächst 1 Million Goldmark wurde 1905 die Koppel-Stiftung gegründet. Sie sollte „die wissenschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu den USA, aber auch zu anderen Kulturstaaten, vornehmlich Frankreich“, fördern.

Auch erste Schwierigkeiten sind zu meistern: Die anfängliche Begeisterung des preußischen Finanzministeriums für die private Forschungsfinanzierung durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft schlägt schnell ins Gegenteil um, als Schmidt-Ott nicht nur das Gelände für die Institute umsonst haben will, sondern auch die

Gehälter für die Direktoren. Diese betragen, was damals ungewöhnlich hoch ist, 15 000 Mark pro Jahr, also 150 000 DM heute. Auch für den Betrieb der Institute soll der Staat Zuschüsse leisten. Schmidt-Ott geht es dabei nicht nur um die Mittel als solche. Auch der Gedanke an eine Sicherstellung des Institutsbetriebs im Falle einer Verschlechterung der Verhältnisse spielte dabei mit. Vor allem aber will der weitsichtige Forschungs-Administrator, wie er schreibt, „die Würde und Selbständigkeit der Institute und ihrer Leiter gegen private Einflüsse schützen“.

Auch Harnack bleiben Enttäuschungen nicht erspart. In der Berliner Akademie der Wissenschaften, der er seit 1890 angehört, ist er erheblichen persönlichen Angriffen ausgesetzt, teils wohl aus Unkenntnis der Ziele der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, sicher aber auch aus Neid. Schmidt-Ott muß eingreifen, indem er die einflußreichsten Mitglieder der Akademie und die vier „Sekretare“ zusammenruft und ihnen darlegt, „daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft keine Konkurrenz für die Akademie beabsichtige, vielmehr ihr die fehlenden Institute zu ersetzen berufen sei“. Auch muß er Harnack gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, dieser habe aus eigener Initiative die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft betrieben und mische sich nun — als Theologe — in die Naturwissenschaften ein.

Unterdessen rückt der Herbst des Jahres 1912 heran, und am 23. Oktober werden in Dahlem in Anwesenheit des Kaisers bereits die ersten beiden Institute ein-



Abb. 5. Eine der prägenden Forscherpersönlichkeiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war der Vorkämpfer einer Chemischen Reichsanstalt, Prof. Emil Fischer. Doch als die „Reichsanstalt“ dann als Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie gebaut wurde, stand er als Direktor nicht mehr zur Verfügung.



Abb. 6. An Emil Fischer erinnert auch ein Denkmal im Garten des früheren Max-Planck-Instituts für Zellphysiologie in Berlin-Dahlem, dem heutigen Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (Otto-Warburg-Haus).

geweiht, das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie und das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie. Nur eineinhalb Jahre haben die Planung, der Bau und die Einrichtung der Institute gedauert, eine schon aus damaliger Sicht erstaunliche, angesichts heutiger Institutsbauzeiten jedoch nahezu ungläubliche Leistung. Das Portal, durch das der Kaiser schreitet, wird anschließend vermauert und der Raum dahinter zu einem Laboratorium umgestaltet. Noch heute kann man am Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft die Säulen dieses Portals und die unmotivierten Stufen sehen.

Emil Fischer, der Kämpfer für die Chemische Reichsanstalt und Schriftführer der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, hat unterdessen an der Berliner Universität das wohl größte und modernste chemische Institut überhaupt bekommen und ist nicht mehr als Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie zu gewinnen. So geht der Ruf an Ernst Otto Beckmann in Leipzig, der sich durch die Entdeckung einer Umlagerung einer besonderen Molekülklasse, der Ketoxime in Säureamide, einen Namen gemacht hat (eine Reaktion, die Jahrzehnte später bei der Herstellung von Kunstfasern große Bedeutung erlangen sollte). Weitere wissenschaftliche Mitglieder des Instituts werden Richard Willstätter, Otto Hahn und, zunächst als wissenschaftlicher Gast, Lise Meitner.

Bei der Besetzung des Direktorenpostens im Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie schwankt Schmidt-Ott (die von Preußen finanzierten Direktorenstellen werden vom Ministerium, also praktisch durch ihn als Nachfolger Althoffs, besetzt) zwischen Walther Nernst und dem Karlsruher Chemie-Professor Fritz Haber, den Geheimrat Koppel an der Spitze

„seines“ Instituts sehen möchte. Nach einem Gespräch mit dem großen schwedischen Physikochemiker Svan- te Arrhenius, für das Schmidt-Ott im Urlaub auf eigene Kosten eigens nach Stockholm fährt, bekommt der damals 43jährige Haber den Ruf. Erst 1923, nach der Inflation, verliert dieses Institut seine, wohl auch auf das Naturell von Haber Rücksicht nehmende, Sonderstellung als Gründung der Koppel-Stiftung und wird voll in die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft übernommen.

Ein weiteres großes Projekt der jungen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist die Einrichtung des Instituts für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr, das erste Institut außerhalb Berlins und das erste mit anwendungsorientiertem Forschungsauftrag. Die Stadt Mülheim stiftete dazu ein ansehnliches Grundstück und Investitionsmittel in Höhe von 700 000 Mark. Im Juli 1912 erfolgt der Gründungsbeschluss und am 27. Juli 1914 die feierliche Einweihung und Eröffnung. Der Schüler Emil Fischers, Franz Fischer, wird der erste Direktor. Doch der Ausbruch des Ersten Weltkriegs, fünf Tage später, verhindert vorerst die Aufnahme des Institutsbetriebs.

Aber wie sieht es mit den biologisch-medizinischen Instituten aus? Schon 1904 hatte der Greifswalder Paläontologe Otto Jaekel ein spezielles biologisches Forschungsinstitut verlangt, woraus er dann später den Anspruch ableitete, der eigentliche „Vater“ der Idee zu sein, die der Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zugrunde lag. Seine Pläne und Ziele waren jedoch nicht nur ihrer Zeit zu weit voraus, sie waren auch, wie Schmidt-Ott einmal feststellte „uferlos und unpraktisch“. Sie hatten darum nie faktische Auswirkungen. Doch auch die wirklichen Gründungsväter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatten biologische und medizinische Forschungsinstitute vorgesehen. Da deren Planung aber besondere Umsicht und Sachkenntnis erforderte, kam Anfang 1912 auf Einladung des Ministeriums (also von Friedrich Schmidt-Ott) ein Kreis von sachverständigen Gutachtern zu einer Art „Hearing“ zusammen, eine in Preußen schon damals keineswegs unübliche Einrichtung; insgesamt 54 Teilnehmer.

Das erste konkrete Ergebnis dieser Anhörung war die Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für experimentelle Therapie in Dahlem. Bereits 22 Monate später, am 28. Oktober 1913, fand die feierliche Einweihung statt. Der Bakteriologe und Serologe August von Wassermann, vor allem durch die Entdeckung einer Nachweisreaktion für die Syphilis bekannt, wurde der erste Direktor. Privatdozent Carl Neuberg stand ihm als Leiter der chemischen Abteilung zur Seite. Für dieses in Verbindung mit medizinischer Forschung neue Arbeitsgebiet, die gerade hier in Dahlem aufbrechende Biochemie, sah Professor von Wassermann in seiner Ansprache bei der Einweihungsfeier „ein breites Arbeitsfeld vor meinen Augen ausgedehnt“.

Sogar für die Krebs-Bekämpfung glaubte Wassermann in der Ferne eine Lösung erkannt zu haben. Er berichtet der Festversammlung: „Heute besitzen wir

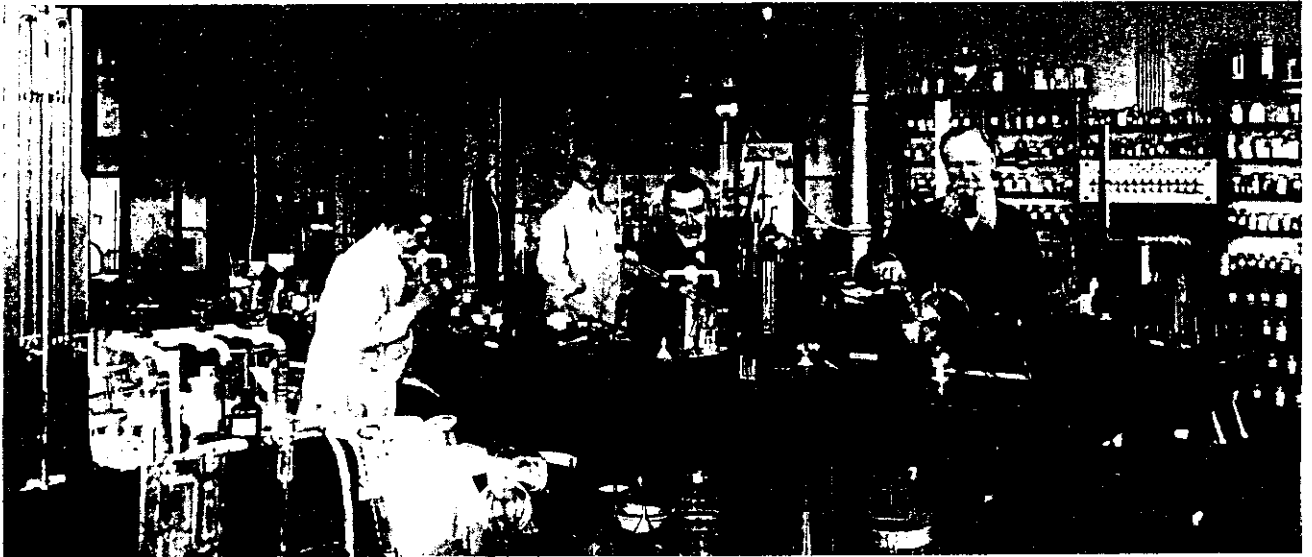


Abb. 7. Institutsleben 1913, zwei Aufnahmen aus dem Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie: Im Laboratorium Prof. Ernst Otto Beckmann (mit Bart) und in der Bibliothek (am Tisch vorne von links nach rechts: Ernst Otto Beckmann, Otto Hahn und Richard Willstätter, im Hintergrund sitzend Lise Meitner).

die experimentelle Krebsforschung, und schon sind die ersten Stufen erstiegen, von denen aus wir hoffen können, auch diesen Berg von Hindernissen und Schwierigkeiten zu überwinden. Heute wissen wir, wenigstens für bösartige Geschwülste des Tieres, chemische Substanzen, welche die Geschwulstzellen zerstören und trotzdem das Tier am Leben lassen“.

Ein weiteres Institutsprojekt (hier konnte man im Frühjahr 1915 trotz schwieriger Kriegszeit die wissenschaftliche Arbeit aufnehmen) war das Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie. An seine Spitze wurde Carl Correns berufen, dem als zweiter Direktor Hans Spemann und als weitere Wissenschaftliche Mitglieder Richard Goldschmidt, Max Hartmann und Otto Warburg zur Seite standen. 3,7 Hektar umfaßte das Institutsgelände mit seinen botanischen Versuchsfeldern und Tierställen, unmittelbar neben dem Kaiser-Wil-

helm-Institut für experimentelle Therapie (später: für Biochemie).

Im weiteren Verlauf des Krieges wurde die Dahlemer Instituts-Idylle nicht unerheblich durch Fritz Haber gestört. Er, ein glühender Patriot, hatte die Organisation des Gaskampfes übernommen und stellte sein Institut auf die Entwicklung von Kampfgasen und Gasmasken um. Ringsum, auch auf den benachbarten Versuchsfeldern und auf dem Gelände der anderen Institute, wurden für die Heeresseinheiten Baracken errichtet. Sogar namhafte Kollegen aus den Nachbarinstituten wie Richard Willstätter und Otto Hahn spannte Haber mit ein. An die 150 Akademiker und rund 2000 Personen sonstiges Personal waren zeitweilig im Rahmen des Haberschen Gaskampf-Projekts tätig, davon 270 in Dahlem.

Professor Friedrich Cramer, Direktor am Max-

MM 1,10 / 439

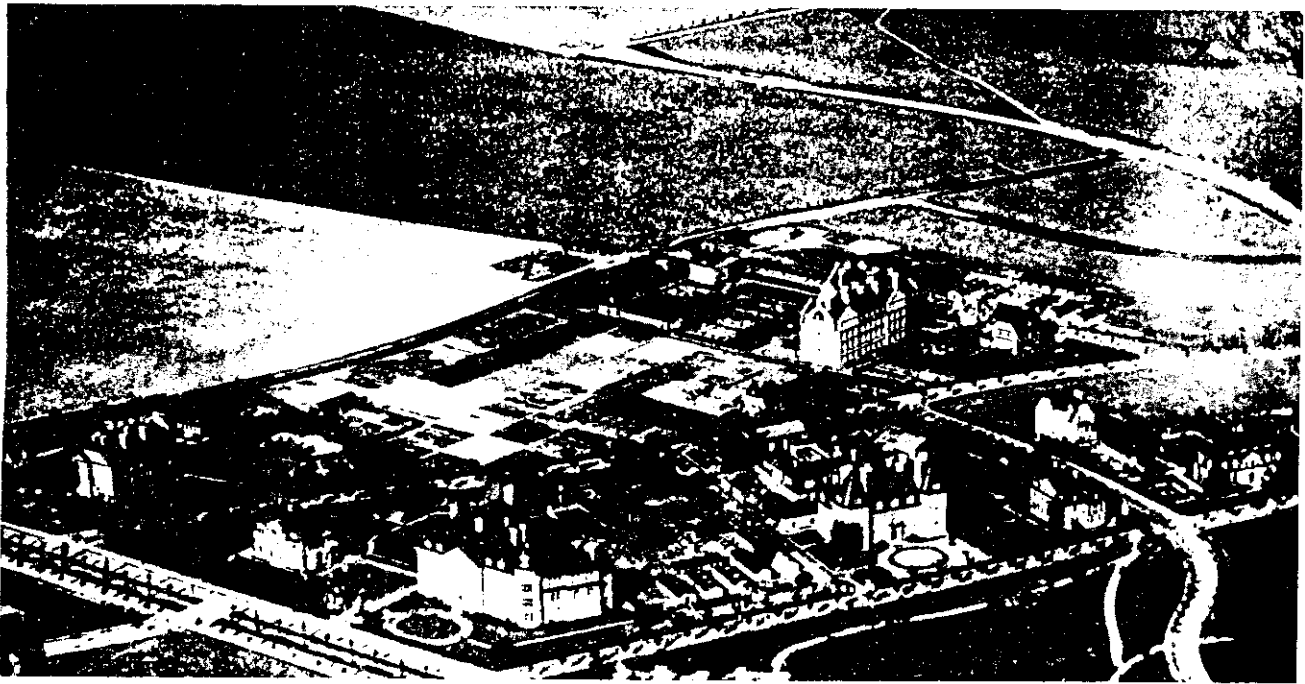


Abb. 8. Luftaufnahme der Kaiser-Wilhelm-Institute in Dahlem, Ende 1918: Im Vordergrund das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, links davon die Direktoren-Villa (Prof. Beckmann), noch weiter links das Kaiser-Wilhelm-Institut für experimentelle Therapie, nach rechts herüber vorne das Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie mit dem „Kaisereingang“ in der Mitte vor dem Rundbeet, rechts davon die Villa von Fritz Haber, noch weiter rechts die Villa von Richard Willstätter, der große Bau im Hintergrund das Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie. Im Vordergrund stehen zwischen den Instituten für Chemie und physikalische Chemie mehrere Reihen von Baracken für das von Fritz Haber geleitete Gaskampf-Projekt. Das Bild macht deutlich, wie das Instituts-Ensemble der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft praktisch auf der grünen Wiese, auf den Feldern der Domäne Dahlem errichtet wurde.

Planck-Institut für experimentelle Medizin in Göttingen, hat im März 1984 bei einem Vortrag über Fritz Haber im Harnack-Haus in Berlin-Dahlem (gedruckt in der vom Europäischen Komitee des Weizmann Institute of Science herausgegebenen Zeitschrift „Modell“ 1985, Seite 41) festgestellt: „Für uns erscheint das heute als ein Kriegsverbrechen, als eine Scheußlichkeit, wie letzten Endes die Atombombe. Wir urteilen da anders als Habers Zeitgenossen, wir haben wohl wirklich gelernt. Damals aber war der Gaskrieg eine vaterländische Tat. Haber wollte den hoffnungslos festgefahrenen, unglaublich verlustreichen Stellungskrieg durch einen einzigen Gasangriff in Bewegung und zum endgültigen deutschen Siege bringen.“

das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Berlin mit Albert Einstein als Direktor, die Institute für Arbeitsphysiologie (Direktor: Max Rubner), für Deutsche Geschichte (Direktor: Paul Kehr) und für Hirnforschung (Direktor: Oskar Vogt) alle in Berlin, die Aerodynamische Versuchsanstalt in Göttingen (Direktor: Ludwig Prandtl) und die Hydrobiologische Anstalt in Plön (Direktor: August Thienemann) sowie das Institut für Eisenforschung in Düsseldorf (Direktor: Fritz Wüst) und das Schlesische Kohlenforschungsinstitut in Breslau mit Fritz Hofmann als Direktor.

Schließlich darf die „Bibliotheca Hertziana“, das

Trotz Inflation keine Verstaatlichung

Der weitere Ausbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ging nun zwar langsamer, doch weiterhin zügig voran, trotz des Krieges und der Nachkriegswirren. Zu einem Einschnitt kam es erst mit der Inflation. Sie drohte, das so schwungvoll und in einer psychologisch so günstigen Situation begonnene, im Kern auch schon fast vollendete Werk zu vernichten.

An ihrem zehnten Geburtstag, im Jahre 1921, umfaßte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 14 Institute. Das waren neben den schon erwähnten Instituten für Chemie, physikalische Chemie und Elektrochemie, Kohlenforschung, Biologie und experimentelle Therapie

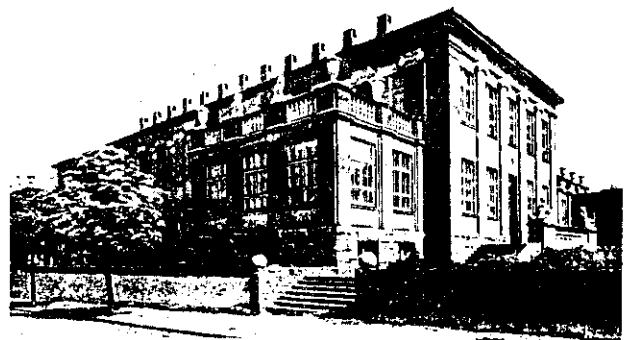


Abb. 9. Zu den eindrucksvollen Institutsbauten, die noch vor dem Ersten Weltkrieg hochgezogen wurden, zählt auch das Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung in Mülheim an der Ruhr. Bereits zwei Jahre nach dem Gründungsbeschluß konnte es eingeweiht und eröffnet werden.

HM 127-0 / 439 - -

kunsthistorische Institut im Palazzo Zuccari in Rom, Anfang 1921 unter der Leitung von Ernst Steinmann stehend, nicht unerwähnt bleiben. Es handelte sich dabei um eine Stiftung von Henriette Hertz, eine ihren literarisch-künstlerischen Neigungen lebende, für ihre Zeit recht emanzipierte Tochter einer vom ästhetischen Idealismus der ausgehenden Gründerjahre geprägten, wohlhabenden jüdischen Familie. Bis auf den heutigen Tag gilt dieses Institut als Kleinod der Gesellschaft, der Kaiser-Wilhelm- wie der Max-Planck-Gesellschaft.

An sich war die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft finanziell gesund. Doch der Wert ihres Stiftungskapitals von 16 Millionen Mark bei der Gründung und 23 Millionen Mark vor Eintritt der Inflation war bis Mitte 1920 durch den Kursrückgang ihrer Wertpapiere auf weniger als 10 Millionen Mark abgesunken. Es ließ sich ausrechnen, daß es in längstens drei Jahren aufgebraucht sein würde. Seit Beginn des Haushaltsjahrs 1920/21 reichten die Zinserträge und Mitgliedsbeiträge nicht mehr zur Deckung der laufenden Ausgaben der Institute aus, es fehlten 3,6 Millionen Mark. Der Generalsekretär (später Generaldirektor) der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Dr. Friedrich Glum, und der Schatzmeister, Franz von Mendelssohn, verhandelten mit dem preußischen Finanzministerium und dem Reichsfinanzministerium, um eine Deckung der Lücke durch den Staat zu erreichen, ohne dabei aber die Unabhängigkeit der Gesellschaft zu opfern.

Gegenüber den staatlichen Stellen konnten Glum und von Mendelssohn mit gutem Grund anführen, die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft dürften nicht in eine unmittelbare finanzielle Abhängigkeit zur Industrie geraten, es müsse eine Parität zwischen Staat und Wirtschaft bestehen. Andererseits sollte auch der Einfluß der staatlichen Seite nicht zu groß werden. Darum wurde eine zweigeteilte staatliche Beteiligung, nämlich des Reichs und Preußens, angestrebt, bei Verzicht auf die Sonderrechte, die früher dem Kaiser als Protektor zustanden, beispielsweise bei der Bestätigung des Präsidenten und der Auswahl der Senatoren.

Bei dem hohen Ansehen, daß sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft schon während des ersten Jahrzehnts hatte erwerben können, war eine grundsätzliche Hilfszusage der staatlichen Stellen schon bei den ersten Gesprächen im Sommer 1920 zu erreichen. Doch die Verhandlungen mit den Finanzverwaltungen gestalteten sich zäh und langwierig. Erst als der Reichsminister des Innern, Erich Koch-Weser, am 11. Mai 1921 alle zuständigen Ressorts der Reichsregierung und Preußens sowie die Herren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an einen Tisch brachte, wurde Einigung erreicht. Der Reichstag bewilligte im Nachtragshaushalt für 1921 einen Kostenzuschuß von 1,25 Millionen Mark, nachdem der preußische Landtag zuvor den gleichen Beschluß gefaßt hatte. Und als bald darauf im Zuge der fortschreitenden Inflation eine zweite, dritte und vierte Finanzkrise die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft schüttelte, paßten das Reich und Preußen automatisch ihre Zuschüsse jeweils im Verhältnis

50 : 50 der Geldentwertung an, bis im November 1923 endlich die Stabilisierung der Mark gelang. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war gerettet.

Auch die Besetzung des Senats ließ sich befriedigend lösen: Die ursprünglich vom Kaiser ausgewählten Senatoren (die eine Hälfte des Senats) wurden nun zu gleichen Teilen je vom Reichsminister des Innern und vom preußischen Kultusminister ernannt. Dafür entfiel die Bestätigung der von der Mitgliederversammlung gewählten Senatoren (der anderen Hälfte des Senats) durch die staatliche Seite. Als Folge davon mußten einerseits die ehemals vom Kaiser ausgewählten, meist sehr renommierten Persönlichkeiten, wie etwa der Großindustrielle Guidotto Fürst Henckel von Donnersmarck, ihren angestammten Sitz im Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft räumen, was natürlich zu Verärgerungen führte. Andererseits mußte man versuchen, die gesellschaftstragenden Kräfte der jungen Republik im Senat angemessen zu repräsentieren, ohne ihn jedoch zu politisieren. Beispielsweise wurde der neue Vorsitzende der Freien Gewerkschaften, Theodor Leipart, in den Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft berufen, aber auch zwei ehemalige sozialdemokratische Minister erhielten dort über den Reichsminister des Innern einen Sitz. Der Generaldirektor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Friedrich Glum, der neben dem im Prinzip nebenamtlich tätigen Präsidenten alle Fäden in der Hand hielt, hatte ein weites Betätigungsfeld fürs Taktieren und fürs Aushandeln von Kompromissen.

Schwierig war noch die Namenfrage. In einer Sitzung des Reichstags, Anfang 1922, hatte Adolf von Harnack für die Wissenschaft und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft so überzeugend argumentiert, daß er die Diskussion um den Namen schließlich mit einem billigen Scherz abtun konnte. Bei der Einweihung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung habe er kürzlich, so erzählte er den Abgeordneten, zwei Arbeiter belauscht. Da habe der eine zum anderen gesagt: „Kannste hier noch arbeiten? Der heest ja immer noch Kaiser-Wilhelm-Institut.“ Darauf habe der andere erwidert: „Und du heest ja ooch noch Piefke!“ Unter schallendem Gelächter des ganzen Hauses nahm der Reichstag die Vorlage zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft an.

So wurde die wirtschaftliche Existenz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf eine neue solide Basis gestellt, ohne daß damit ihre Freizügigkeit, die Freiheit ihrer Forschungspolitik, wie wir heute sagen, eingeschränkt worden wäre. Im Gegenteil: Mit der Beseitigung des Veto-Rechts des Protektors war ein wesentliches Stück Freiheit dazugewonnen worden. Wozu hätte wohl Hitler als neuer Protektor dieses Veto-Recht benutzt, wenn es 1933 noch in der Gesellschaftssatzung verankert gewesen wäre?

Der Weg der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft durch die nächsten zweieinhalb Jahrzehnte bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs wird im zweiten Teil dieses Beitrags nachgezeichnet.

75 Jahre Max-Planck-Gesellschaft

Ein Kapitel deutscher Forschungsgeschichte

Teil 2: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Ringen um weiteren Aufbau und Unabhängigkeit in der Weimarer Republik und im Dritten Reich

Robert Gerwin, München*

Als Ergebnis langfristig angelegter Wissenschaftspolitik wurde vor 75 Jahren die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die heutige Max-Planck-Gesellschaft, gegründet. Bereits nach zehn Jahren (1921) gab es 14 Institute, die noch heute, nach mehrfacher Neuorientierung ihrer Forschungsarbeit, einen wesentlichen Teil der Gesellschaft bilden. Und trotz Umstellung auf überwiegend staatliche Finanzierung als Folge der Inflation konnte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft damals ihre Unabhängigkeit bewahren. Der nun folgende Zeitabschnitt in der Geschichte der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft harret noch einer umfassenden wissenschaftshistorischen Aufarbeitung. Der zweite Teil dieses Berichtes kann darum nur einen fairen, doch keineswegs vollständigen Überblick der weiteren Entwicklung geben.

Die ungeheuerliche Summe von 223 Milliarden Goldmark (nach heutigem Geldwert mindestens das Zehnfache des Jahres-Etats der Bundesrepublik Deutschland, des Bundeshaushalts von 1986) sollte das Deutsche Reich nach dem Ersten Weltkrieg an die Siegermächte zahlen, über 40 Jahre lang in Raten bis zum Jahr 1963. Vor diesem Hintergrund überraschte Fritz Haber im Frühjahr 1920 seine engsten Mitarbeiter mit dem Entschluß, eingehende Untersuchungen über das Vorkommen von Gold im Meerwasser anzustellen und Trennverfahren zu entwickeln, mit deren Hilfe sich dieses Gold im großen Stil gewinnen lassen sollte. Nach damals vorliegenden Analysen enthielt jede Tonne Meerwasser 5 bis 10 Milligramm Gold in Form einer gelösten Salzverbindung. Das waren insgesamt, so hatte sich Haber ausgerechnet, 8 Milliarden Tonnen Gold. Da sollte es doch wohl gelingen — so wenigstens schien es —, die 50 000 Tonnen Gold herauszuholen, die die Siegermächte vom Reich verlangten.

Wieder hatte Fritz Haber, nach der (1919 mit dem Nobelpreis ausgezeichneten) Synthese von Ammoniak aus dem Stickstoff der Luft, eine wissenschaftliche Aufgabe von nationalem Rang ausgemacht. In aller Heimlichkeit lief im Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie in Dahlem ein großes Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Gewinnung des Golds im Meerwasser an. Auf den verschiedensten Wegen wurden Meerwasserproben beschafft, und diese schienen tatsächlich die aus der Literatur bekannten Werte zu bestätigen. Haber konnte daraufhin die Unterstützung der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt in Frankfurt gewinnen, und die HAPAG, die Hamburg-Amerika-Linie, willigte ein, daß ihr 930-Personen-Passagierschiff „Hansa“ für die nächste Amerika-Reise mit einem gut ausgestatteten



Abb. 1. Der Amtssitz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde nach dem Ersten Weltkrieg das Berliner Schloß. — Oben das Arbeitszimmer des Präsidenten, unten der Sitzungssaal des Senats mit einer Marmorbüste von Friedrich Althoff.

chemischen Laboratorium ausgerüstet wurde, von dessen Zweckbestimmung jedoch (außer Haber und seinen drei ihn begleitenden Chemikern) niemand an Bord eine rechte Vorstellung hatte. Als Haber Ende Juli 1923 bei der Ankunft in New York von Reportern befragt wurde, verriet er zwar keinerlei Details, erklärte jedoch, dieses Unternehmen werde zu einer großen Entdeckung führen.

In schneller Folge wurden weitere Schiffsreisen unternommen, auch nach Südamerika und in die Arktis. Schließlich organisierte Haber eine Großaktion, bei der Kapitäne und freiwillige Helfer in aller Welt an die zehntausend Wasserproben in Zwei-Liter-Flaschen sammelten und nach Dahlem ins Institut schickten.

* Teil 1 im Heft 1/1986, Seite 1—10. Teil 3 folgt in Heft 3/1986.



Abb. 2. Fritz Habers Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie war nicht nur ein hervorragendes Forschungszentrum, es war auch der Platz, wo „man“ sich traf. — Im Bild sitzend von rechts nach links: Otto Hahn, der Hausherr Fritz Haber, Lise Meitner, James Franck, seine Frau, Albert Einstein und Hertha Sponer. — In der Reihe darüber von rechts nach links: Gustav Hertz, Peter Pringsheim, Adolf von Baeyer, Wilhelm Westphal und Walter Grotian.

Doch je genauer die Analysetechniken wurden, um so vernichtender entwickelten sich die Ergebnisse. 1925 war man soweit, mit einer Genauigkeit von 3 Prozent ein hundertmillionstel Gramm Gold in einem Liter Meerwasser nachweisen zu können. Nun zeigte sich, daß die ursprünglichen Analysen um den Faktor 1000 falsch waren. Statt der erhofften 5 bis 10 Milligramm Gold pro Tonne Meerwasser war es nur ein hundertstel Milligramm. Eine Zeitlang klammerte sich Haber noch an den Gedanken, an bestimmten Stellen der Ozeane, in bestimmten Küstenbereichen, könne es dennoch erheblich höhere Goldkonzentrationen geben. Aber 1926 hatte auch er schließlich den Glauben an seine ursprüngliche Idee verloren. „Gehalte von dieser Kleinheit zum Gegenstand einer technischen Verarbeitung zu machen“, so räumte er damals bei einem Vortrag ein, „ist vollständig ausgeschlossen“. Einen wirklichen Fortschritt brachten Habers Arbeiten nur im Hinblick auf die Verbesserung der Analysetechniken.

Neue Institute als Retter in der Not

Ungeachtet der wirtschaftlichen Not wächst die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft weiter, ja, sie sieht sich als Antwort auf die Notsituation und wird dank ihres weiterhin steigenden Renommées auch in der Öffentlichkeit so angesehen. Im Reichstag werden Anträge, die die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft betreffen, stets von allen Parteien, von den Nationalsozialisten bis hin zu den Kommunisten, einstimmig angenommen. Dies entspringe, so schreibt Generaldirektor Dr. Friedrich Glum im 1928 erschienenen „Handbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“, dem wachsenden Verständnis „aller Kreise, daß die Wissenschaft, insbesondere die wissenschaftliche Forschung, eine der Hauptgrundlagen des Wiederaufbaues unseres Vaterlandes sein kann und sein muß“.

Der Präsident, Adolf von Harnack, geht im Vorwort dieses Handbuchs noch einen Schritt weiter und schreibt: „Mitten in ihrem Freiheitskampfe gründeten die Niederländer einst die Universität Leiden, um in-

nerlich zu erstarken. Zu dem selben Zwecke baut Deutschland mitten in der wirtschaftlichen Not seine Kaiser-Wilhelm-Institute auf“

Konkreter hat einer der geistigen „Gründungsväter“, der nach einem eineinhalbjährigen Zwischenspiel als preußischer Kultusminister dem Verwaltungsausschuß der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft seit 1919 als zweiter Vizepräsident angehörende Dr. Friedrich Schmidt-Ott, rückschauend über diese Zeit in einem Zeitungsbeitrag geschrieben: „Gerade der wirtschaftliche Niedergang und die Absperrung der Nachkriegszeit zwangen die deutsche Wissenschaft, neue Wege zur Verfeinerung der Methoden, zur Hebung von Qualitätsarbeit und zum Einsatz fehlender Rohstoffe zu suchen. Jetzt konnten (in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft) im Interesse und unter Mitwirkung der Wirtschaft weitere Institute wie für Biochemie, Metallforschung, Faserstoffchemie, Lederforschung, Silikatforschung, Wasserbau und Züchtungsforschung in den verschiedensten deutschen Gegenden ins Leben gerufen werden. Aber die reine Forschung und die Fürsorge für das Volkswohl kamen darüber nicht zu kurz. Daher wurden auch für die medizinische Forschung, für Hirnforschung, für Anthropologie, für Deutsche Geschichte, für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht und für Privatrecht Kaiser-Wilhelm-Institute gegründet. So hat die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft selbst im Kampf mit der deutschen Not Stärke gewonnen und sich kraftvoll entwickelt“

In seinen 1952 erschienenen Lebenserinnerungen „Erlebtes und Erstrebtes“ hat Schmidt-Ott diese Entwicklung jedoch kritischer dargestellt. Dank Harnacks freudiger Hingabe sei zwar die Zahl der Mitglieder ständig gewachsen und die Gesellschaft habe sich fast Jahr für Jahr neue wissenschaftliche Institute angliedern können. Doch, so fährt Schmidt-Ott wörtlich fort, „nicht alle diese (Institute) waren von gleichem Wert, und Harnack ging in der Freude des Zuwachses zuweilen etwas zu weit. Zumal der Gesichtspunkt, den wir zuerst in den Vordergrund stellten, nämlich der, daß die Institute hervorragenden Forschern die Möglichkeit geben sollten, sich in ihren Forschungen allsei-

tig auszuleben, ist, namentlich dort, wo es sich um neue (die Wirtschaft interessierende) Gebiete handelte, nicht immer eingehalten worden“.

Das Handbuch von 1928 enthält denn auch bereits 33 Institute: 13 chemische, physikalische und technische, 13 biologische, anthropologische und zoologische sowie vier geisteswissenschaftliche Institute. Außerdem befindet sich um diese Zeit das Institut für medizinische Forschung in Heidelberg in der Gründung, und das als Institut für ausländische Gäste bezeichnete Harnack-Haus (Tagungszentrum, Gästehaus und Club-Gebäude für die Dahlemer Institute) wird gerade mit Spenden der Industrie, aber auch mit öffentlichen Mitteln, gebaut.

Es würde zu weit führen, die einzelnen Institutsgründungen und Institutsübernahmen hier alle in der anfänglichen Ausführlichkeit darzustellen. Doch es fällt auf, daß in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Zwischenzeit auch manche Klein-Institute Unterschlupf gefunden haben, beispielsweise eine einem Krankenhaus in São Paulo in Brasilien angegliederte Forschungsstelle für Mikrobiologie, ein Spezialmuseum für Insektenkunde, das Deutsche Entomologische Museum in Berlin-Dahlem sowie in Halle die Forschungsstelle des berühmten Schweizer Physiologen Emil Abderhalden, für den ursprünglich, nach den Plänen von 1914, einmal ein großes eigenes Institut im Rahmen des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Hirnforschung unter Oskar Vogt in Berlin eingerichtet werden sollte.

Bemerkenswert sind auch die neu hinzugekommenen Forschungsaktivitäten im Ausland. Das sind neben der oben genannten Forschungsstelle für Mikrobiologie in São Paulo die limnologische Forschungsstation Lunz in Niederösterreich, ein Gipfelobservatorium auf dem Sonnblick bei Bad Gastein, wo man um diese Zeit zum ersten Mal die aus dem Weltraum kommende „Ultragamma-Strahlung“, die Höhenstrahlung beziehungsweise kosmische Strahlung, wie sie später genannt wird, untersucht. Außerdem ist die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft — eine andere Weltraum-Aktivität jener frühen Tage — an der meteorologischen Station auf dem Obir in Kärnten beteiligt. Im Titel des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie wird jetzt ausdrücklich die „Gastabteilung Dr. Albert Fischer aus Kopenhagen“ angeführt, ein offenbar recht zukunftsweisendes Zentrum für die Entwicklung der Gewebzüchtung. Um die von der italienischen Regierung nach der Besetzung Istriens (heute Jugoslawien) enteignete Meereszoologische Forschungsstation in Rovigno muß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft noch prozessieren.

Das Kaiser-Wilhelm-Institut für experimentelle Therapie hat sich unterdessen zum Kaiser-Wilhelm-Institut für Biochemie weiterentwickelt und steht jetzt unter der Leitung von Carl Neuberg. Dies sei geschehen, so wird im Handbuch von 1928 nicht ohne Stolz vermerkt, und (als wäre es erst 1968 geschrieben) um „gemäß den bei der Gründung und auch heute noch maß-

geblichen Richtlinien der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft solchen wissenschaftlichen Zweigen die Möglichkeit der Entfaltung zu gewähren, die bis dahin im mehr starren Gefüge der Hochschulen nicht oder unzureichend gedeihen konnten“.

Erstaunlich ist, zumindest aus heutiger Sicht, daß man einem solchen Institut, ein Institut, das sich im Durchbruch zur modernen Biochemie befindet, eine Abteilung für Tabakforschung zugeordnet hat, und dies sogar ausdrücklich im Institutsnamen anführt. Die Begründung: „Da sich die Qualität der in Deutschland gewonnenen Tabake ganz erheblich verschlechtert hat, ist es vom wissenschaftlichen wie auch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus eine reizvolle Aufgabe, die vielfach empirisch-rohe Zubereitung des Tabaks auf eine wissenschaftliche Grundlage zu heben.“

Die Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, teils durch den Staat, teils durch die Wirtschaft, hat sich in der Weise eingespielt, daß Preußen und das Reich im wesentlichen diejenigen Institute unterstützen, die mehr der reinen Grundlagenforschung gewidmet sind, von der Arbeitsphysiologie und der Hydrobiologischen Anstalt bis hin zur Biologie und Züchtungsforschung. Dagegen trägt die Wirtschaft die Kosten für die mehr der angewandten Wissenschaft dienenden Institute, beispielsweise für Chemie, Eisenforschung, Kohlenforschung, Metall- und Lederforschung — und die Kosten der kleinen, aber effektiven Generalverwaltung. Das ist etwa je die Hälfte des Gesamtaufwands, so daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft geltend machen kann, sie bringe in die „Öffentliche Wissenschaftspflege“ immer noch mehr ein, als sie vom Reich und von Preußen erhalte. Genauere Untersuchungen dieses Arguments im Rahmen des Sammelbands „Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft“ (Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, voraussichtliches Erscheinen Sommer 1986), zeigen jedoch, daß der Anteil der öffentlichen Gelder als Folge der Beiträge von Provinzen und Kommunen wesentlich größer gewesen sein muß.

Im Handbuch von 1928, und im Jahrbuch von 1936 wortgetreu wiederholt, finden sich aber auch Anmerkungen von beachtlich visionärem Weitblick. Dr. Dr. Friedrich Glum, Generaldirektor und jetzt auch (Titel sind für ihn offenbar recht wichtig) Geschäftsführendes Mitglied im Verwaltungsausschuß der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, schreibt am Schluß seines einleitenden Übersichtsbeitrags: „Es wäre zum Beispiel daran zu denken, daß durch ein großes biologisches Institut, durch ein großes astronomisches Institut in den Tropen oder ein großes naturwissenschaftliches Institut in den Hochalpen, in denen Gelehrte verschiedener Nationen Arbeitsplätze finden, etwas Ersprießliches würde geleistet werden können. Zu solchen gemeinschaftlichen Institutsgründungen von deutscher Seite anzuregen und an ihnen mitzuwirken, scheint die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in besonderem Maße geeignet, weil sie nicht nur die größte Erfahrung auf dem Gebiet der Errichtung von Forschungsinstituten durch

MM 1 10 / 439

Gemeinschaftsarbeit hat und über beste Auslandsbeziehungen verfügt, sondern weil sie auch finanziell alle Kräfte in Deutschland vereinigt, sowohl die öffentlichen wie die privaten, und in der Lage ist, die verschiedensten, an der Errichtung solcher Institute interessierten Kräfte zusammenzufassen und zu repräsentieren.“

Mit dieser Wunschvorstellung greift Glum der tatsächlichen Entwicklung um mehrere Jahrzehnte vor, nämlich der Gründung der Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN) 1953 in Genf (in Fortsetzung der Höhenstrahlungsforschung in den Hochalpen), der Gründung der Europäischen Südsternwarte (ESO) 1952 in Garching bei München mit ihrer Beobachtungsstation in La Silla/Chile und der Gründung des Europäischen Molekularbiologischen Laboratoriums als EMBO 1963 und als EMBL 1973 in Heidelberg.

Präsidentenwechsel in schwieriger Zeit

Die 18. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Mai 1930 findet in Heidelberg statt, um dabei auch das Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung einzuweihen. Dieses ist konzipiert als Zentralinstitut für physikalische, chemische und physiologische Forschung in Verbindung mit klinischer Forschung, ein sehr zukunftsweisendes Konzept und seiner Zeit gleichfalls um Jahre und Jahrzehnte vor-

aus. Doch die festlichen Tage werden von Trauer überschattet.

Am Abend des 24. Mai, zwei Tage vor Beginn der Sitzungen, ist Harnack zum Abendessen in das Haus des Rektors der Heidelberger Universität eingeladen. Zu den Gästen zählt auch Ludolf von Krehl, ein bedeutender Kliniker und Direktor des neuen Heidelberger Kaiser-Wilhelm-Instituts. Er erkennt sehr schnell, daß Harnack ein todkranker Mann ist. Mühevoll überredet er ihn tags darauf, sich in seine Klinik zu begeben. So muß die Hauptversammlung ohne ihren Präsidenten stattfinden. Am 10. Juni stirbt Adolf von Harnack nach 19 Jahren Präsidentschaft im gesegneten Alter von 79 Jahren in Heidelberg in Krehls Klinik.

Schon vorher hatte es um Harnacks Nachfolge als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Gerangel gegeben. Unter anderem war, wie Glum in seiner detailreichen, aber wegen seiner Ich-Bezogenheit keineswegs unumstrittenen Autobiographie „Zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Politik“ berichtet, der frühere preußische Kultusminister Carl Heinrich Becker ins Gespräch gebracht worden, teils um mehr Einfluß zu gewinnen, teils um ihn angemessen zu versorgen. Nun rechnete sich vor allem Fritz Haber Chancen aus. Doch die Wahl fiel auf Max Planck, der, genau wie Harnack, nicht Institutsdirektor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war, sondern an der Preußischen Akademie der Wissenschaften wirkte. Er war darum gegenüber den Direktoren der Institute unabhängig und



Abb. 3. In Heidelberg, in der Aula der Universität, hielt die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Mai 1930 ihre Hauptversammlung ab. Der Präsident, Adolf von Harnack, hatte sich in ärztliche Behandlung begeben müssen und starb hier wenige Tage später. Der Vizepräsident, Dr. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, im Bild mit der Amtskette des Präsidenten, mußte ihn vertreten.

MPG 10/439



Abb. 4. Mitten in schwerer Zeit, im Frühjahr 1931, wurde in Berlin-Dahlem das mit Mitteln der Rockefeller-Stiftung errichtete Kaiser-Wilhelm-Institut für Zellphysiologie eröffnet, der Richard-Gradenwitz-Bau, wie man über dem Mittleingang noch heute lesen kann. Das Herrenhaus eines Ritterguts stand Modell für den Institutsneubau, in dem sich heute die Bibliothek und das Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft befindet.

konnte ihnen gegenüber zugleich mit genügender Autorität auftreten.

Auch er vermochte, so Glum, „einen geradezu mythischen Glanz um sich zu verbreiten, wie dies Harnack zu tun verstanden hatte“, doch in ganz anderer Weise. Während Harnacks Geheimnis in seiner rednerischen Begabung lag, wirkte Planck, so Glum, „durch seine Stille und Bescheidenheit, die ihn über das Getriebe der politischen, aber vielfach auch der wissenschaftlichen Kreise hinaushob“.

Das Erbe, das der damals schon 72 Jahre alte Planck antritt, ist alles andere als einfach. Die Weltwirtschaftskrise zieht zunehmend auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in ihre Strudel. Während es im Geschäftsjahr 1930/31 gerade noch gelingt, die volle

Arbeitsfähigkeit der Institute zu erhalten, sind 1931/32 „tief einschneidende Maßnahmen“, wie es im Jahresbericht heißt, nicht mehr zu vermeiden: Das Reich und Preußen haben ihre Zuschüsse zur Grundfinanzierung um 900 000 Reichsmark verringert, die Mitgliedsbeiträge sind gegenüber dem Vorjahr um 50 000 Reichsmark zurückgegangen, und das bei einem Etat von knapp 5 Millionen Mark. Wenn es bisher auch gelungen sei, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vor der Schließung ganzer Institute zu bewahren, so führt der erste Schatzmeister, Franz von Mendelssohn, vor der Hauptversammlung aus, weitere Einschränkungen seien „ohne eine ernste Gefährdung der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit und der Lebensarbeit hervorragender Forscher nicht mehr zu verantworten“. Wis-

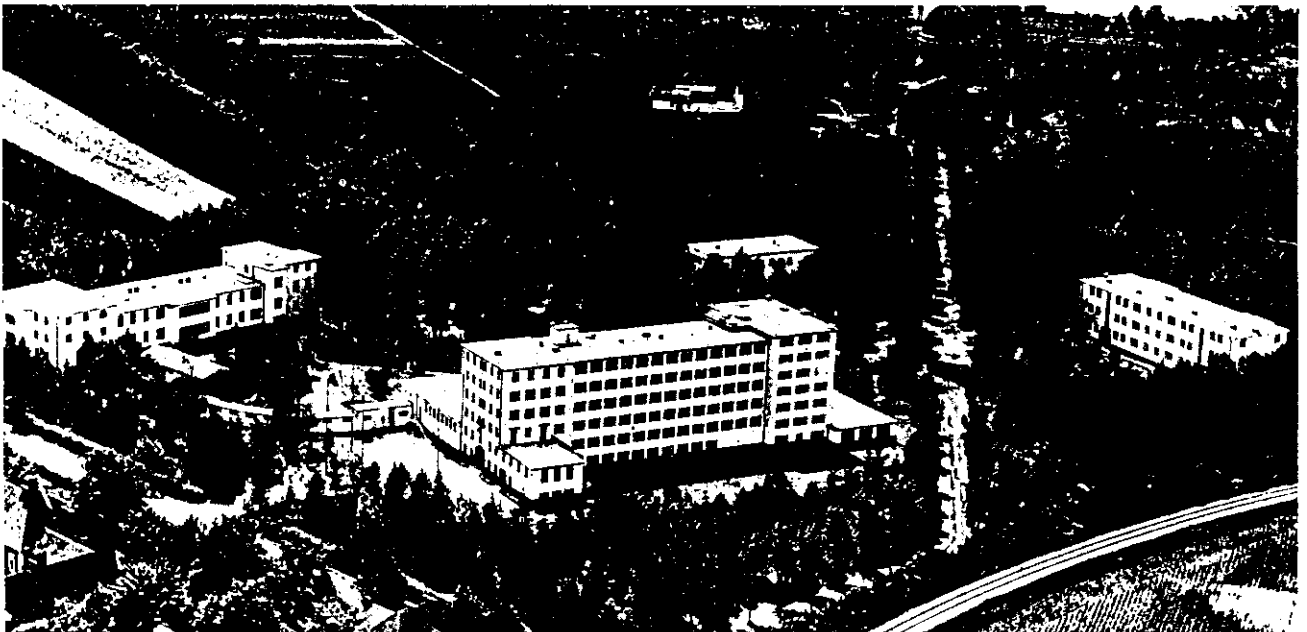


Abb. 5. In Berlin-Buch, am Nordostrand der Stadt, wurde 1931 ein eindrucksvoller Institutskomplex für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung eingeweiht. Der sechsstöckige Haupt-Bau übertraf an großzügiger Gestaltung bei weitem alles, was bisher für Zwecke der Erforschung des menschlichen Gehirns geschaffen worden war. Allerdings wurde hier neben der Hirnforschung im eigentlichen Sinn auch viel Vererbungsforschung an Insekten betrieben.

senschaftliche Arbeit lasse sich nun einmal nicht so rationalisieren wie ein technischer Betrieb. Der Gelehrte bedürfe (so könnte es auch heute geschrieben sein) der Ruhe und der Sicherheit, damit er das Begonnene auch fortsetzen könne.

Mitten in dieser kritischen Zeit bezieht Otto Warburg, bisher Wissenschaftliches Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biologie, in Dahlem einen prächtigen, herrenhausähnlichen Institutsneubau, das neue Kaiser-Wilhelm-Institut für Zellphysiologie. Gleich nebenan soll auch noch ein Gebäude für das von Albert Einstein und Max von Laue geleitete Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik hochgezogen werden, beides mit Mitteln der Rockefeller Foundation, die dafür insgesamt 2,7 Millionen Reichsmark zur Verfügung stellt. Eine namhafte Stiftung eines Fräulein Hildegard Gradenwitz setzt die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in die Lage, im Institut für Zellphysiologie auch wirklich den Betrieb aufnehmen zu können. Die Rockefeller Foundation stellt bei der Finanzierung solcher Institutsbauten immer die Bedingung, daß die Betriebsmittel von der betreffenden Forschungsorganisation selbst aufgebracht werden können. Beim Institut für Physik dauert das noch bis 1936.

Die 1917 gegründete und seit 1924 der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angeschlossene Deutsche Forschungsanstalt für Psychiatrie in München hatte schon 1928 als Geschenk der Rockefeller Foundation ein neues Institutsgebäude bekommen. Das 1914 mit Stiftungsmitteln des Hauses Krupp errichtete Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung hatte 1931 in Berlin-Buch, am Nordostrand der Stadt in der Nachbarschaft der neuen Städtischen Krankenanstalten, einen von der Rockefeller Foundation finanzierten Neubau bezogen. Dieser übertraf an großzügiger Gestaltung bei weitem alles, was bis dahin für Zwecke der Erforschung des menschlichen Gehirns geschaffen worden war.

Aber auch einzelne Forscher erhielten ständig in großzügiger Weise Mittel dieser amerikanischen Stiftung. Beispielsweise konnte Adolf Butenandt, der damals Ordinarius für organische Chemie an der Technischen Hochschule in Danzig war, 1933 mit Mitteln der Rockefeller Foundation die erste Synthese des menschlichen Sexualhormons Testosteron durchführen. Das Stipendienprogramm der Stiftung trug auch wesentlich zum Austausch junger Wissenschaftler und zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses bei.

Der 1839 geborene und 1937 gestorbene Großindustrielle und „Ölkönig“ (Schöpfer der „Standard Oil“), John D. Rockefeller, machte riesige Stiftungen für gemeinnützige und wissenschaftliche Zwecke. Die 1913 gegründete Rockefeller Foundation förderte ab 1928 auch ganz gezielt die Forschung, sowohl in den USA als auch im Ausland nach dem Motto: „Zum Wohl der Menschheit in der ganzen Welt.“ Bis 1939 hatte die Stiftung seit ihrer Gründung 327 Millionen Dollar vergeben, davon ein Viertel an Institutionen im Ausland, davon wiederum etwa 6 Millionen Dollar allein an die

Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und einzelne ihrer Forscher, insbesondere für spezielle Geräte.

Leben mit der Machtergreifung

Unterdessen rückte der 30. Januar 1933, der Tag der „Machtergreifung“ heran. Schon vorher hatte es in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft antisemitische Tendenzen gegeben. Auf Betreiben von Kollegen (auch jüdischer) hatte sich Generaldirektor Friedrich Glum veranlaßt gesehen, Geheimrat Haber darauf aufmerksam zu machen, daß er es für gefährlich halte, wenn die Zahl seiner jüdischen Assistenten über 50 Prozent liege. Sogar der katholische Reichstagsabgeordnete Prälat Georg Schreiber, ein hervorragender Förderer der Wissenschaft und bis 1933 Mitglied des Senats der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, hatte bei Glum moniert, in rheinisch-westfälischen Zentrumskreisen werde die Judenfreundlichkeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beanstandet.

Um nach der „Machtergreifung“ ihre Unabhängigkeit zu wahren, taktierte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in dreierlei Richtung: Einerseits versuchte sie, ihren rein wissenschaftlichen Charakter herauszukehren. Das bedeutete Anpassung und Trennung von jüdischen beziehungsweise „nichtarischen“ Kollegen, wie es damals hieß. Andererseits kehrte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ihr hohes internationales Ansehen heraus. Außerdem bemühte sie sich, ihr industrielles Spielbein zu verstärken.

Das Gesetz vom 7. April 1933 mit dem perfiden Titel „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ (die rechtliche Handhabe, um jüdische Mitarbeiter aus staatlichen Positionen zu entfernen) mußte in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angewendet werden, soweit es sich um Institute handelte, die zu mehr als 50 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden. Am 18. September 1933 erbat Generaldirektor Glum dazu Vollzugsmeldung der Institute, und fragte an, „ob die auf Grund meines Schreibens vom 21. Juli dieses Jahres angeordneten Kündigungen von nichtarischen Angestellten durchgeführt worden sind. Dem Herrn Reichsminister des Inneren muß ein Bericht über die Durchführung dieses Gesetzes vorgelegt werden.“

Rein statistisch hielten sich die Auswirkungen dieses Gesetzes auf die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft insgesamt noch in Grenzen. Bei einer Gesamtzahl von 1061 Mitarbeitern, vom Direktor bis zur Reinigungsfrau, betrug der Anteil der „Nichtarier“ nur 54 Personen, also fast 5,1 Prozent. Von diesen wurden bis zum Sommer 1934 etwas mehr als die Hälfte, nämlich 28, entlassen, also 2,6 Prozent. Nur in dem von Haber geleiteten Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie hatte der Anteil der „Nichtarier“ fast 25 Prozent betragen, darunter drei der insgesamt vier Abteilungsleiter. Insgesamt vier Kündigungsverfahren waren zu diesem Zeitpunkt, also ein

Jahr nach der Kündigungsanordnung durch die Generalverwaltung, noch in der Schwebe. Einige Institutsdirektoren waren der Anordnung ohne Zögern gefolgt, andere aber hatten den Mut, hinhaltenden Widerstand zu leisten und die Sache zu verschleppen. Allerdings standen die Nürnberger Rassengesetze vom September 1935 mit ihren weitaus gravierenderen Folgen noch aus, und natürlich kann ein noch erträglicher statistischer Wert niemals unerträgliches Unrecht entschuldigen.

Der aus einer angesehenen jüdischen Kaufmannsfamilie in Breslau stammende Fritz Haber fiel als verdienstvoller Offizier des Ersten Weltkriegs formal nicht unter das Gesetz vom 7. April 1933. Immerhin hatte er auf deutscher Seite den Gaskrieg organisiert und war deswegen von einer Stunde zur anderen vom Vizefeldwebel zum Hauptmann befördert worden. Doch als er im Frühjahr 1933 aufgefordert wurde, seine beiden nächsten Mitarbeiter, die langjährigen wissenschaftlichen Mitglieder Prof. Michael Polanyi und Prof. Herbert Freundlich, auf Grund eben dieses Gesetzes zu entlassen, reichte er selbst seinen Rücktritt ein. Er

schrrieb am 2. Mai 1933 an den damaligen Kultusminister Bernhard Rust: „Meine Tradition verlangt von mir in einem wissenschaftlichen Amt, daß ich bei der Auswahl von Mitarbeitern nur die fachlichen und charakterlichen Eigenschaften der Bewerber berücksichtige, ohne nach ihrer rassenmäßigen Beschaffenheit zu fragen. Sie werden verstehen, daß einem Mann der Stolz, mit dem er seinem deutschen Heimatland sein Leben lang gedient hat, diese Bitte um Versetzung in den Ruhestand vorschreibt.“

Habers Rücktrittsgesuch wurde ohne Umschweife mit Schreiben vom 6. Juni 1933 angenommen, wohl zu Habers eigener Überraschung. Sicher war es ihm hoch anzurechnen, daß er jetzt nicht ein Privileg beanspruchen wollte, das seinen jüngeren jüdischen Kollegen nicht gewährt wurde. Doch wahrscheinlich hatte er auch die Wirkung des Paukenschlags, den er mit seinem Rücktrittsgesuch auslösen wollte, überschätzt. Was bedeutete den Machthabern jener Tage schon ein Mann, der mit seiner Ammoniak-Synthese einmal in einer entscheidenden Phase dazu beigetragen hatte, Deutschland zu retten, wenn er Jude war. Im September 1933 verließ Haber Berlin und Deutschland für immer.

Der Chemiker Chaim Weizmann, einer der Gründungsväter des Staates Israel, hatte Fritz Haber noch Ende 1932 in Dahlem besucht und war damals Gast in seiner (noch bis auf den heutigen Tag) sehr stattlichen Villa gewesen. Nun rief Haber ihn plötzlich in London an. Er besaß weder Stellung noch Vermögen, weder Ehre noch Würden, und suchte Zuflucht. Weizmann fuhr zu Haber und fand einen gebrochenen, gänzlich verwirrten Menschen.

Weizmann überredete Haber, doch nach Rehovot in Palästina zu kommen, in das gerade in der Gründung befindliche Daniel-Sieff-Institut, dem (zum Teil nach dem Modell der Kaiser-Wilhelm-Institute konzipierten) heutigen Weizmann Institute of Science. Haber sagte begeistert zu und erbat zwei Zimmer, eines für sich und eines für seine Schwester. „Dies war der Mann“, so schrieb Weizmann später in seiner Autobiographie, „der sich einmal als einen der mächtigsten Männer Deutschlands bezeichnet hatte und bis dahin eine hochherrschaftliche Villa sein eigen nannte“. Auf dem Weg nach Palästina starb Fritz Haber am 29. Januar 1934 in Basel an Herzversagen — an gebrochenem Herzen im vollen Sinn des Wortes.

Im Mai 1933 hatte Max Planck noch versucht, sich bei seinem Antrittsbesuch in der Reichskanzlei bei Adolf Hitler für Haber zu verwenden. Sein Argument, daß es unter den Juden doch alte Familien mit bester deutscher Kultur gäbe, tat Hitler mit der Bemerkung ab: „Jude ist Jude.“ Er erklärte, gegen die Juden an sich habe er ja gar nichts, aber sie seien alle Kommunisten, und gegen die gehe sein Kampf. Auch Plancks Argument, es wäre geradezu eine Selbstverstümmelung des deutschen Volkes, wenn man wertvolle Juden nötige auszuwandern, obgleich man ihre wissenschaftliche Arbeit brauche und diese nun in erster Linie dem

Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften

beehrt sich
in Gemeinschaft mit der
Deutschen Chemischen Gesellschaft
und der Deutschen Physikalischen Gesellschaft
zu einer

Gedächtnisfeier für Fritz Haber

am Dienstag, den 29. Januar 1935, 12 Uhr mittags,
im Garnack-Saal, Berlin-Dahlem, Jähnelstraße 16-20,
einzuladen.

1. Andante con moto (Thema mit Variationen)
aus dem Quartett Nr. 14 von Franz Schubert
 2. Einleitende Worte
Geheimrat Prof. Dr. Max Planck, Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften
 3. Gedächtnisreden
Prof. Dr. Otto Sahn, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie
Oberst a. D. Dr.-Ing. e. h. Joseph Keich
Prof. Dr. Karl Friedrich Bonhoefer, Augenzeuge wissenschaftlicher Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie
 4. Cavatine (adagio molto espresso)
aus dem Quartett op. 130 von Ludwig van Beethoven
Die Mitglieder des Philharmonischen Orchesters:
Konzertmeister Siegfried Borcia (1. Violine), Kurt Göyer (2. Violine),
Herbard Wolf (Viola), Wolfgang Rieber (Cello).
- Uniform oder dunkler Anzug

Abb. 6. Ein Sturm der Entrüstung erhob sich im Kultusministerium, als diese Einladung zu einer Gedächtnisfeier für Fritz Haber, ein Jahr nach dessen Tod in der Emigration, eintraf.

19

Ausland zugute kommen werde, erzielte bei Hitler keine Wirkung. Er wurde nervös, schrie den alten Geheimrat an: „Ich habe Nerven wie Stahl!“ Er steigerte sich schließlich in eine solche Wut hinein, daß Planck nichts anderes übrig blieb, als zu verstummen und zu gehen.

Albert Einstein war schon in den Jahren vorher das Ziel heftiger antisemitischer Angriffe gewesen, nicht zuletzt wegen seiner, von den Verfechtern der sogenannten „Deutschen Physik“ als undeutsch angeprangerten und von ihnen offenbar nicht begriffenen Relativitätstheorie. Anfang 1933 befand er sich gerade auf einer Vortragsreise in den USA und scheute sich nicht, die politische Entwicklung in Deutschland öffentlich zu kritisieren. Darauf erhob sich in seiner Heimat ein von den Medien geschürter Sturm der Entrüstung, so daß ihm Max Planck schon bald die Trennung von der Akademie der Wissenschaften und auch von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nahelegen mußte. Er versicherte seinem Freund Einstein, „daß unsere persönlichen freundschaftlichen Beziehungen niemals eine Änderung erfahren werden — trotz der tiefen Kluft, die unsere politischen Anschauungen trennt“.

So ablehnend Planck dem neuen System auch gegenüberstand, seine Kritik an Einstein, daß die Mitglieder der „vornehmsten wissenschaftlichen Behörde des Staates“, der Akademie, eine besondere Loyalitätspflicht gegenüber der Regierung hätten (so in einer Akademiesitzung am 11. Mai 1933 vorgetragen), entsprach sicher seiner inneren Überzeugung. Es war wohl die Auffassung der meisten deutschnational gesinnten Patrioten, zu denen damals die meisten beamteten Gelehrten zu rechnen waren.

Eine Charakterisierung Max Plancks in jener Zeit hat Dr. Ernst Telschow, später langjähriger Generalsekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und erster Generalsekretär der Max-Planck-Gesellschaft, in seinen 1957 als Rundfunk-Vortrag veröffentlichten Lebenserinnerungen gegeben: Obgleich Planck den Nationalsozialismus ablehnte, habe ich ihn nie in scharfen Äußerungen darüber sprechen hören. Planck stand über den Dingen. Selbst das schwere Schicksal, das sein Sohn, Staatssekretär Erwin Planck, später erleiden mußte (er wurde als Mitverschwörer des 20. Juli 1944 zum Tode verurteilt und im Januar 1945 in Berlin-Plötzensee gehängt), konnte Planck nicht zu Äußerungen des Hasses oder der Vergeltung bewegen.

Telschow erinnert sich auch noch an ein Gespräch, das er in den ersten Monaten nach der Machtergreifung im Auto von Geheimrat Planck auf der Fahrt nach Hause, vom Amtssitz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Berliner Schloß nach Grunewald, über das Dritte Reich führte. „Herr Telschow“, erklärte Planck damals, „dieses Regime ist wie ein schweres Unwetter. Wie ein Gewittersturm bricht es über uns herein. Wir können nichts dagegen tun, wir müssen uns beugen. Aber es wird, wie alle Stürme, nicht von langer Dauer sein.“

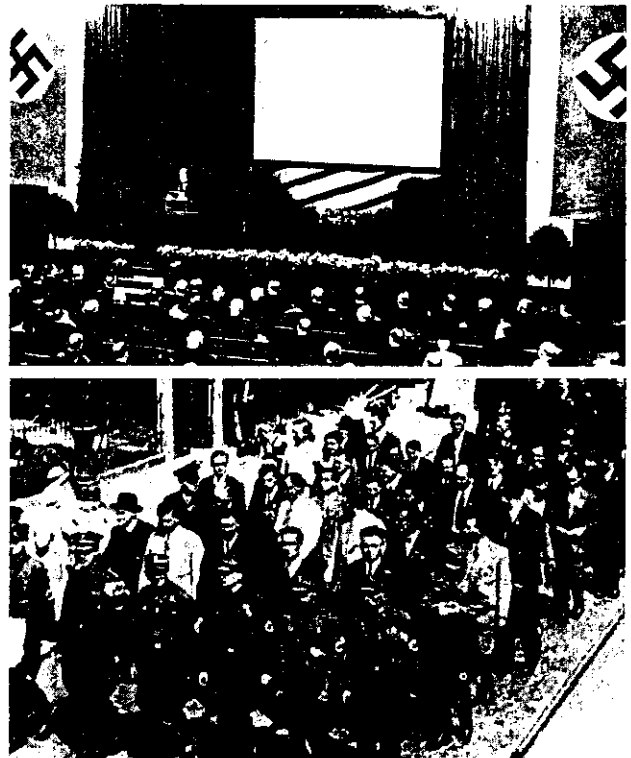


Abb. 7. „Wir hatten uns dem neuen Regime angepaßt, soweit es unvermeidlich war“, so Friedrich Glum in seinen Lebenserinnerungen: Der Goethe-Saal des Harnack-Hauses bei der 25-Jahr-Feier im Januar 1936 mit Max Planck am Rednerpult (oben). Unten die Mitarbeiter des Kaiser-Wilhelm-Instituts für medizinische Forschung in Heidelberg beim Aufmarsch zum 1. Mai, 1934 oder 1935. In der zweiten Reihe links sind Ludolf von Krehl (mit Hut) und (rechts neben ihm) Richard Kuhn zu erkennen.

Mitarbeit zum Aufbau des Vaterlandes

Auf der anderen Seite war der Anbruch der „Neuen Zeit“ auch von großen, angesichts der Wirtschaftskrise sehr verständlichen Hoffnungen begleitet. Bei der 22. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, am 23. Mai 1933, erklärte der Präsident Max Planck in seiner Ansprache, jeder Deutsche, der sein Vaterland wahrhaft liebe und etwas weiter in die Zukunft denke, müsse zu der Einsicht kommen, daß es für alle Deutschen nur eine Lösung gäbe, „die Zusammenballung aller verfügbaren Kräfte zur aktiven Mitarbeit am Aufbau des Vaterlandes, wie das durch den Herrn Reichskanzler in feierlicher Rede aller Orten verkündet“ worden sei. Unter diesen Kräften spiele die Wissenschaft keine geringe Rolle, denn sie habe nicht nur intellektuelle Bedeutung.

In der verhaltenen Sprache des Wissenschaftlers meldete Planck aber auch Kritik und Forderungen an: Um ihre im höchsten Sinne nationale Arbeit erfüllen zu können, bedürfe die Wissenschaft der freien Entfaltung ihrer Kräfte durch wissenschaftliche Forscher, „die sich in ihrer Arbeit von den höchsten Behörden geschützt fühlen müßten vor unsachlichen Beunruhigungen durch Ereignisse der Tagespolitik“.

Die Diskriminierung der jüdischen Mitarbeiter war nur die eine Spielart des nationalsozialistischen Un-

MP 10/439

geistes, der in Deutschland, auch in den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Einzug gehalten hatte. Nun wurde es sehr einfach, unliebsame Vorgesetzte oder Kollegen, die eigenen Plänen im Wege standen zu denunzieren. Die Obleute der NSBO (Nationalsozialistische Betriebsräte-Organisation) wurden ermuntert, Listen von kritisch eingestellten und politisch unzuverlässigen Direktoren zu erstellen — und deren gab es eine ganze Reihe. Vergleicht man die Listen der Wissenschaftlichen Mitglieder und Direktoren von 1933 und 1940, dann kommt man zu dem Ergebnis, daß innerhalb dieser Zeitspanne 20 (von ursprünglich 68) Mitglieder aufgrund politischer oder rassischer Gründe entlassen oder in den Ruhestand versetzt waren: Das sind fast 30 Prozent.

Friedrich Cramer, Direktor am Max-Planck-Institut für experimentelle Medizin in Göttingen, hat kürzlich mit Recht darauf verwiesen, man könne in Deutschland nicht die Abnahme der Zahl der Nobelpreise beklagen, ohne aus den Augen zu verlieren, daß nach 1933 nicht weniger als 25 Wissenschaftler aus Deutschland emigrieren mußten, die den Nobelpreis schon hatten oder später bekamen.

Nach dem Tod von Carl Erich Correns im Jahre 1933 hatte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Harnack-Haus eine große Trauerfeier veranstaltet, und man hatte sich vorgenommen, diesen Brauch beim Tod eines Direktors fortzusetzen. Jetzt stand zum einjährigen Todestag von Fritz Haber eine solche Gedächtnisfeier an. Am Dienstag, dem 29. Januar 1935, 12 Uhr, sollte sie stattfinden. Natürlich gab es Bedenken, doch Friedrich Glum fand, daß vor dem Tod alle politischen Gegensätze zu schweigen hätten „und daß man dies auch den Nazis beibringen müsse“.

Als die Einladungen verschickt waren, erhob sich ein Sturm der Entrüstung, insbesondere im Kultusministerium. Minister Rust tobte und wollte, daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Einladung zurücknehme. Max Planck wurde ins Ministerium zitiert, wich aber nicht um Haaresbreite von der Entscheidung ab. Andererseits schreckte der Minister vor einem förmlichen Verbot der Veranstaltung zurück. So untersagte er allen ihm unterstehenden Professoren der Hochschulen und Universitäten die Teilnahme. Karl Friedrich Bonhoeffer, ein Schüler Habers und inzwischen an der Universität Leipzig, durfte nicht einmal die von ihm verfaßte Gedächtnisrede halten. Sie wurde verlesen von Otto Hahn, der 1934 freiwillig aus dem Lehrkörper der Berliner Universität ausgeschieden und nun nur noch Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie war.

Alle eingeladenen Diplomaten, einige ausländische Journalisten, die Fördernden Mitglieder der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus der Wirtschaft und viele Ehefrauen der Professoren, denen die Teilnahme verboten war, erschienen. Der Goethesaal im Harnack-Haus war trotz des Verbots brechend voll. Eine schweizerische Zeitung schrieb damals: „Die Feier machte auf die Teilnehmer einen ungeheuren und würdigen

Eindruck. Der Eindruck war um so stärker, als man wissen mußte, wie ablehnend der heutige nationalsozialistische Staat gerade dem Gefeierten gegenübersteht.“

Über die Situation im allgemeinen hat Friedrich Glum in seinen 1964 erschienenen Lebenserinnerungen geschrieben: „Wir hatten uns dem neuen Regime angepaßt, soweit es unvermeidlich war. Wir hatten den offiziellen Hitlergruß in unseren Briefen eingeführt, der Präsident und ich hoben bei offiziellen Anlässen die Hand. Wir hatten uns dem nicht entziehen können, Hitler-Büsten aufzustellen. Aber jetzt hatten wir gezeigt, daß wir unmenschliche Methoden, auch unter Druck, nicht mitzumachen geneigt waren.“

Ein neuer Präsident und ein neuer Generaldirektor

Ein Jahr nach der Haber-Gedächtnisfeier, am 11. Januar 1936, traf man sich wieder im Goethesaal des Harnack-Hauses. Nun waren rechts und links von der Bühne Hakenkreuz-Fahnen angebracht, und auch Partei- und SA-Uniformen fehlten nicht. Doch der Saal war nur mäßig besetzt, und selbst in der sonst so in Einzelheiten gehenden Autobiographie von Friedrich Glum finden sich dazu nur wenige nichtssagende Zeilen: Man beging das 25jährige Jubiläum der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Schon bald danach erklärte Max Planck, daß er sich im nächsten Jahr, mit dem Ende seiner Amtszeit am 31. März 1937, auf alle Fälle als Präsident zurückziehen wolle. Er habe das Gefühl, die Gesellschaft sei jetzt über den Berg, und sicher könne ein Jüngerer mehr für sie tun. Aber wer sollte das sein? Und vor allem: Würde es gelingen, einen Präsidenten eigener Wahl durchzubringen? Oder würde sich irgend ein brauner, unbedeutender Vogel in dieses noble Nest setzen wollen, etwa wie das bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft geschehen war?

Unter den Institutsdirektoren war niemand zu erkennen, der geeignet erschien, der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in dieser schwierigen Zeit vorzustehen. Doch schließlich kam jemand auf den Gedanken (angeblich war es Glum), den Chemiker Carl Bosch vorzuschlagen. Er war der Mitschöpfer der I.G. Farbenindustrie, deren langjähriger Vorstandsvorsitzender und Vorsitzender des Aufsichtsrats, aber auch ein Wissenschaftler von hohem internationalem Ansehen, 1931 mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Allerdings machte er aus seiner Ablehnung des nationalsozialistischen Regimes keinen Hehl. Er hatte sich wiederholt öffentlich sehr abfällig über Hitler und seine Bewegung geäußert. Würde man ihn trotzdem durchbekommen?

Die Verhandlungen zogen sich über Monate hin und wurden vor allem von zwei langjährigen Senatoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus der Wirtschaft, von Albert Vögler, dem Generaldirektor der Vereinigten Stahlwerke, und von Gustav Krupp von Bohlen und

10/439

Halbach, auf höchster staatlicher Ebene geführt. Schließlich kam das Ergebnis: Unter zwei Bedingungen dürfe die Wahl von Carl Bosch erfolgen. Erstens, in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft müsse das Führerprinzip eingeführt werden, und zweitens, man müsse Dr. Glum durch Dr. Ernst Telschow ersetzen.

Eigentlich hatte Friedrich Glum so etwas schon lange erwartet, und er hatte sogar Max Planck angeboten, mit ihm aus dem Amt zu scheiden. Doch als es nun Wirklichkeit werden sollte, ließ er alle seine Verbindungen spielen, um in seiner bisherigen beruflichen Laufbahn doch noch zu überleben. Er war ja erst 46 Jahre alt, und eine ähnlich einflußreiche und reizvolle Position war in der Wissenschaftsverwaltung, damals wie heute, kaum vorstellbar.

Als sich Glum seinem Ziel schon sehr nahe wähnte, entdeckte man im rassenpolitischen Amt der Partei, daß seine Frau eine „nichtarische“ Großmutter hatte. Da er kein Beamter war, hatte er nie Veranlassung gehabt, dies zu dekuivieren. Er selbst hat dazu in seiner Biographie (der einzigen historischen Quelle für diese Zeit) geschrieben: „Ich glaube nicht, daß dieser ‚Webfehler‘ entscheidend war. Wenn ich hübsch brav gewesen wäre, hätte man mich vielleicht im Amt gelassen. Andererseits, auch wenn meine Frau ganz arisch gewesen wäre, so hätte mir dies doch nichts geholfen, weil ich eben nicht brav war.“

Am 29. Mai 1937 fand dann in Köln im Hotel Excelsior die Wahl des neuen Präsidenten und die Verabschiedung des Generaldirektors statt. Lapidar wird dazu im Senatsprotokoll vermerkt: „Der Präsident wies darauf hin, daß durch die neue Satzung infolge Einführung des Führerprinzips die Stelle eines geschäftsführenden Mitglieds des Verwaltungsausschusses in Fortfall käme. Herr Generaldirektor Dr. Glum habe infolgedessen ihn um seine Entlassung gebeten, die er, da er den angeführten Gründen sich nicht habe verschließen können, ihm auch erteilt habe.“

Der Chemiker und Schüler Otto Hahns, Dr. Ernst Telschow, war seit 1930 Mitarbeiter der Generalverwaltung. Er war hier neben dem gleichfalls jetzt in Acht und Bann gebrachten Dr. Lukas Max von Cranach zum Direktor, nach heutiger Diktion: zum Abteilungsleiter, aufgestiegen. Er stand nun im 48. Lebensjahr. Weit mehr noch als bei seinem Vorgänger lag das Schicksal der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nun in seinen Händen. Geheimrat Bosch behielt seinen Wohnsitz in Heidelberg bei, und er war krank, was bis dahin die Spitze der I.G. Farben erfolgreich verheimlicht hatte. Er litt an Depressionen, und die politische Entwicklung in Deutschland war für einen Mann wie ihn offensichtlich nicht geeignet, seelisch stabilisierend zu wirken. Doch er setzte sich sehr in seinem neuen Amt ein.

Den „großen Wirtschaftsführer“ interessierten, wie Telschow später berichtet hat, nicht nur seine Fachgebiete, die Chemie und die Physik, sondern ebenso die Zoologie, die Botanik und die Astronomie. In seinem Haus in Heidelberg hatte er eine eigene Sternwarte

und eine hervorragende Insekten-Sammlung. Er war ein begeisterter Bastler, und manche Stunde verbrachte er in der mustergültig eingerichteten Privatwerkstatt seines Hauses am Schloß-Wolfsbrunnenweg. Mitunter sprach er davon, einmal in Anlehnung an alte Pläne in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, von 1928 und früher, ein „Riesenteleskop“ zu stiften für eine große Sternwarte, die allen Kulturnationen zur Verfügung stehen sollte. Südwestafrika, das heutige Namibia, sah er dafür als idealen Standort an, drei Jahrzehnte bevor die Entscheidungen über die Beobachtungsstationen des Heidelberger Max-Planck-Instituts für Astronomie anstanden und sehr konkrete Pläne entwickelt wurden, nicht nur auf dem Calar Alto in Spanien, sondern auch auf dem Gamsberg in Namibia je eine deutsche Sternwarte zu errichten.

Eifrig reiste der neue Präsident von Institut zu Institut und diskutierte fachkundig mit den Direktoren und Wissenschaftlichen Mitgliedern, auch in den Bereichen Landwirtschaft und Medizin. Besonders gern besuchte Bosch die Werkstätten und freute sich über jede sauber ausgeführte handwerkliche Arbeit oder ein Gespräch mit einem tüchtigen Meister. Dabei kannte er, so Telschow, keine Müdigkeit, war niemals gehetzt und ließ sich Zeit. Dies sollte sich ändern, als im September 1939 der Zweite Weltkrieg ausbrach. Mehr und mehr zog sich Carl Bosch von der Welt zurück und leistete, so hat es Telschow ausgedrückt, „der Krankheit, die in ihm lag, nicht mehr genügend Widerstand“. Er starb am 26. April 1940 nach knapp drei Jahren Präsidentschaft.

Schon die Nachfolge für Max Planck war langwierig und schwierig gewesen, weil sie der Zustimmung des Ministeriums, des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, des früheren Oberlehrers und Gauleiters Bernhard Rust, bedurfte hatte. Immerhin hatten damals aber noch die Senatoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft die Fäden in der Hand gehabt. Jetzt galt das Führerprinzip. Der Präsident wurde nicht mehr vom Senat gewählt, sondern „bestellt“, von eben diesem Reichsminister.

Ein anderer Wirtschaftsführer als Präsident

Innerhalb der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatte man schnell die Wahl getroffen. Nur ein anderer „Wirtschaftsführer“ konnte es sein, nur der besaß in jener Kriegszeit den Einfluß und die Unabhängigkeit, die Macht und damit auch den Mut, die Kaiser-Wilhelm-Institute von parteipolitischen Gängeleien freizuhalten. Dieser Industriekapitän konnte nur Albert Vögler sein, der der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten verbunden war. Seit 1920 gehörte er dem Senat an und war später Schatzmeister und Mitglied des Verwaltungsausschusses geworden. Doch er zögerte, dieses Amt zu übernehmen, und zwar nicht nur wegen seiner ohnehin starken Belastung durch seine verantwortliche Stellung in der Stahlindu-

strie. Er machte zur Bedingung, daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ihre Arbeit in voller Unabhängigkeit und ohne Eingriffe staatlicher Stellen würde fortführen können.

Dies wiederum gefiel Reichsminister Rust gar nicht. Da bestellte er Dr. Telschow ins Ministerium und verlangte, baldmöglichst eine Senatssitzung einzuberufen, bei der dann ein hoher Ministerialbeamter kommissarisch mit der Leitung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft beauftragt werden würde. Telschow war sich im klaren, daß dies das Ende der Selbständigkeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bedeutet hätte. Bei der damaligen Zusammensetzung des Senats war nicht mit massivem Widerstand gegen ein solches Verlangen zu rechnen, wenn es zu dieser Senatssitzung wirklich kommen würde. So erklärte Telschow dem Minister ohne alle Umschweife, daß er einen solchen Befehl nicht ausführen werde, im Interesse der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und im Hinblick auf die Folgen für die deutsche Forschung. Der Minister war, so Telschow, „naturgemäß sehr erregt, gab aber schließlich nach“. Wenige Tage darauf sprach Rust mit Dr. Vögler, und dieser erklärte sich dann bereit, das Präsidentenamt zu übernehmen. Im Senatsprotokoll vom 31. Juli 1941 wird ausdrücklich hervorgehoben, „daß Reichsmarschall Göring die ihm bekannt gewordene Ernennung von Dr. Vögler zum Präsidenten sehr begrüßt“.

Auch Vögler machte sich über den Ausgang des Krieges kaum Illusionen. Auf den (naiven) Vorschlag Telschows, gemeinsam mit anderen Wirtschaftsführern und einigen Generälen Hitler auf die Aussichtslosigkeit des weiteren Kampfes aufmerksam zu machen, antwortete Vögler, dies sei aussichtslos und Hitler würde sie höchstens alle aufhängen lassen. Keß antwortete Telschow, auch so könne es so kommen, daß sie alle gehenkt würden, nur von den anderen.

Albert Vögler hat es darauf nicht ankommen lassen. Als er gegen Ende des Krieges, am 14. April 1945, in der Nähe von Dortmund von amerikanischen Soldaten aufgegriffen wurde, setzte er seinem Leben selbst ein Ende. Dies hat ihn fälschlicherweise in die Nähe der Nazi-Größen gerückt, die damals den gleichen Weg gingen. Er hatte in den Reparationsverhandlungen der Weimarer Republik eine wichtige Rolle gespielt und war dem Geist der Republik treu geblieben. Einen gerechten Kriegsverbrecherprozeß hätte er mit Sicherheit leicht überlebt. Doch er stand im 69. Lebensjahr und wollte wohl nicht mehr darum kämpfen.

Ein besonderes Verdienst von Albert Vögler war in jener Zeit die sogenannte „Gottbegnadeten-Aktion“. Dank seiner persönlichen Initiative gelang es, fast alle Spitzenkräfte der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und etwa vierhundert jüngere Mitarbeiter vom Wehrdienst freizustellen. Dies wurde nicht nur mit der Notwendigkeit von kriegswichtigen Arbeiten begründet, sondern (dies war bemerkenswert und widersprach auch der Taktik früherer Präsidenten) mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die Notwendigkeit der Grundlagenforschung, also eine Forschung, die von vornherein nicht

die Rüstung im Auge hatte und zum Kriegserfolg nichts mehr beitragen konnte. Es war Albert Vögler zu verdanken, daß die Grundlagenforschung in den Kaiser-Wilhelm-Instituten auch während des Krieges weitergeführt werden konnte und nicht von den kriegsbedingten Forderungen des Tages erstickt wurde.

Albert Vögler hat in der offiziellen Geschichtsschreibung der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft nur verhältnismäßig wenig Erwähnung gefunden, vielleicht weil ihm spektakuläre forschungspolitische Entscheidungen versagt blieben, vielleicht aber auch, weil er kein Wissenschaftler war. Noch nach 45 Jahren liest man im Jahrbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von 1941 nicht unberührt in Vöglers Vorwort: „Die Führung der Gesellschaft gebührt einem großen Gelehrten oder Forscher, Männern wie Adolf von Harnack, Max Planck, Carl Bosch. Ich bin kein Mann der Wissenschaft. Aber das ungeheure Weltgeschehen zwingt alle Arbeit in seinen Bann. Hierdurch mag eine Ausnahme gerechtfertigt erscheinen.“ Mit Sicherheit verdankt die Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft Dr.-Ing. Albert Vögler das Überleben in den schweren Jahren vor dem Zusammenbruch des Dritten Reiches, ihm und Ernst Telschow, dessen besonderes Verdienst aber das „Hinübertreten“ der Kaiser-Wilhelm- zur Max-Planck-Gesellschaft war.

Neue Hoffnung — neue Institute

Die wirtschaftliche Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und ihrer Institute verlief ab 1933 wieder in geordneten Bahnen, jedoch nur mit leicht steigender Tendenz. Die Zuschüsse des Reichs und Preußens stiegen von 1933 bis 1939 im Jahresdurchschnitt nur um knapp 200 000 Reichsmark, insgesamt von 2,5 auf 3,5 Millionen Reichsmark. Dazu kamen aber, insbesondere mit Beginn des Krieges, erhebliche Sonderleistungen verschiedener Reichsministerien. So sah der Etat von 1944 bei einem unveränderten Zuschuß des Reichs und Preußens zur Grundfinanzierung in Höhe von 3,5 Millionen Reichsmark, Sonderleistungen der Ministerien in Höhe von 5 Millionen Reichsmark vor, so daß einschließlich der sonstigen Einnahmen (insbesondere der institutsgebundenen privaten Mittel) ein Haushaltsvolumen von insgesamt fast 15 Millionen Reichsmark erreicht wurde.

Ein Institut besonderer Art war das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik. Im September 1927 wurde der damals innerhalb von elf Monaten in Dahlem errichtete Neubau vom Präsidenten Adolf von Harnack seinen Bestimmungen übergeben. Die Gründung geschah, das machten die Einweihungsansprachen deutlich, um dem politischen Rassen-Dilettantismus entgegenzuwirken. Die Anthropologie solle klären, so verkündete es Harnack bei der Einweihung, was biologisch und was soziologisch „im Bestand eines Menschen“ sei.

23



Abb. 8. Ein markanter Institutsneubau außerhalb Berlins, eingeweiht im Mai 1930, war das Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg, ein noch heute sehr beachtenswertes Bauwerk des Karlsruher Architektur-Professors Hans Freese (oben). — 1943 erfolgte hier der Einbau eines Zyklotrons für die Abteilung Physik, der Anfang einer modernen Hochenergie-Kernphysik in Deutschland, parallel zu den Arbeiten des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik in Berlin-Dahlem (unten).

Auch der Direktor des Instituts Eugen Fischer sprach, sich deutlich distanzierend, von „den in der Politik so übel berüchtigten Fragen der Rassenbedeutung für Volk und Menschheit“ und forderte von den Forschern, objektiv zu studieren und nicht agitatorisch anzugreifen. Wörtlich führte er aus: „Wir sind in Wirklichkeit in diesen Fragen von jeder sicheren Erkenntnis noch unendlich weit entfernt. Nicht Rassenvorurteile gilt es zu schaffen, wohl aber Rassenerkenntnis.“ Was Wunder, daß es darüber schon damals, gut fünf Jahre vor der „Machtergreifung“, eine polemische Auseinandersetzung in der Presse gab.

Als im Juli 1933 das Kuratorium des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik zusammentritt, klingen bei Eugen Fischer plötzlich ganz andere Töne an. Da entwirft er ein Konzept für „neue Forschungsinstitute zur wissenschaftlichen Unterbauung deutsch-völkischer, rassenhygienischer Bevölkerungspolitik“. Der Bericht über seine eigentliche Forschungsarbeit bleibt dagegen recht verschwommen. Allein die von Prof. Otmar Freiherr von Verschuer verfolgte Zwillings-Methode als „souveränes Mittel der Erbforschung beim Menschen“ (rund 700 Zwillingspaare hat das Institut untersucht)

liefert einige konkrete Ergebnisse. Nur ein Medizinalrat aus dem Reichsministerium des Innern wirbt um Mithilfe bei der „Durchführung neuer gesetzlicher Regelungen“, doch er findet bei den Kuratoriumsmitgliedern kein Echo.

Ab November 1934 werden dann in diesem Institut Kurse für jeweils 20 junge Ärzte in Erblehre, Rassenkunde und Rassenhygiene durchgeführt. Dafür gibt es auch einen Institutsanbau. Doch sonst ist von einer besonderen Förderung dieser Forschungsarbeiten nichts zu erkennen. Der Krieg bringt sogar eine erhebliche Einschränkung, und man hat den Eindruck, daß dies auch politisch gewollt ist. Der Reichsgesundheitsführer, der im Januar 1941 die Kuratoriumssitzung des Instituts leitet, beklagt sich nämlich: Es sei falsch, wenn das Interesse an der Bedeutung von Erb- und Rassenfragen nachlasse, wie es manchmal scheine. Eugen Fischer hat dagegen immer noch große Pläne für eine Abteilung zur experimentellen Erbpathologie. Er will noch eine Sammlung von Menschen- und Tierembryonen anlegen. Dabei steht seine Emeritierung (zum 1. April 1942) unmittelbar bevor. Freiherr von Verschuer wird sein Nachfolger.

Große Forschungsvorhaben wurden in dieser Zeit naturgemäß im Bereich der Pflanzen- und Tierzucht verfolgt. Schon 1927 hatte Erwin Baur mit dem Hinweis, daß sich durch Erhöhung der Weizenerträge um 5 Prozent und der Roggenerträge um 10 Prozent das Nationaleinkommen des Deutschen Reichs um 20 Millionen Mark erhöhen ließe, die Gründung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Züchtungsforschung in Müncheberg in der Mark, nicht allzu weit von Berlin und seiner Universität entfernt, erreicht. Nachdem dieses Institut in der Pflanzenzüchtung wegen seiner vielseitigen, gründlichen und erfolgreichen wissenschaftlichen Arbeit, aber auch wegen seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung, bald große Anerkennung fand, war es der Wunsch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, insbesondere ihres damaligen Präsidenten Carl Bosch, auch eine entsprechende Forschungsanstalt für landwirtschaftliche Nutztiere einzurichten.

In der Nähe von Rostock fand man einen geeigneten Gutshof, das Gut Dummerstorf, mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von 1800 Hektar. Ein ganzes Forschungsdorf wurde auf dem Reißbrett entworfen und zum Teil auch noch zur Ausführung gebracht. Mit 1,2 Millionen Reichsmark im Etat von 1944 hatte das Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzuchtforschung den zweithöchsten Haushaltsansatz in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, nur noch übertroffen vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Züchtungsforschung mit 1,6 Millionen Reichsmark.

In Bulgarien wurde gleichfalls ein Institut für landwirtschaftliche Forschung gegründet, doch als gemeinsames deutsch-bulgarisches Unternehmen. Es sollte einen deutschen und einen bulgarischen Direktor bekommen und mit Mitteln finanziert werden, die zu gleichen Teilen aus beiden Ländern kamen. Auf Gut Tuttenhof bei Wien wurde 1943 das Kaiser-Wil-

10/439

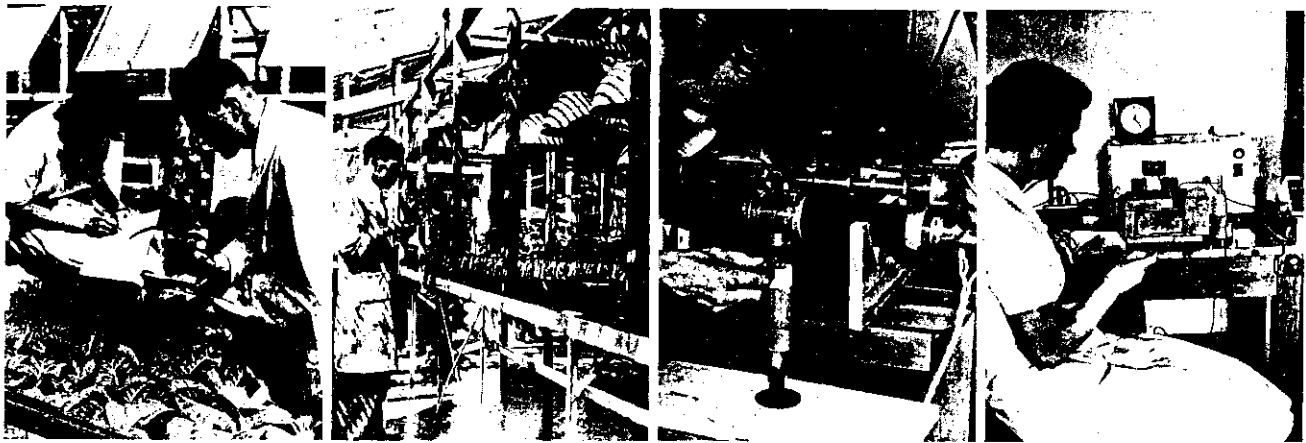


Abb. 9. Ein Blick in die Dahlemer Kaiser-Wilhelm-Institute, eine Bildreportage, aufgenommen etwa 1939. — Im Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie werden Tabakpflanzen auf Virus-Resistenz gezüchtet (a). Außerdem experimentiert man hier mit künstlichen Lang- und Kurztagen (b). Im Kaiser-Wilhelm-Institut für Hirnforschung laufen Versuche zur Auslösung von Erbänderungen, indem man Drosophila-Fliegen der Röntgenstrahlung aussetzt (c). Strahlenschutz wurde damals noch klein geschrieben. Im gleichen Institut werden auch schon künstliche radioaktive Isotope eingesetzt und deren Einbau in verschiedene Organe von Versuchstieren untersucht. Das zum Nachweis benutzte Zählrohr ist hier immerhin schon von Bleiziegeln umgeben (d). Im gleichen Institut hat man eine „vierhändige“ Technik zur Transplantation von Organanlagen zwischen verschiedenen Larven der Taufliege zur Untersuchung hormonaler Wirkungen unter zwei Binokular-Lupen entwickelt (e). Im zur Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gehörenden Deutschen Entomologischen Museum in Berlin-Dahlem beschäftigt man sich mit den Schäden von Insekten im Holz. Ein besonderer „Nachdruck“ der Forschungsarbeit liegt, so heißt es im Tätigkeitsbericht, „auf der biologischen Darstellung der die Land- und Forstwirtschaft besonders interessierenden Insekten“ (f). Im Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie, ursprünglich einmal gegründet, um dem völkisch motivierten Rassen-Dilettantismus entgegenzuwirken, werden standardisierte Lichtbilder von Zwillingen angefertigt (g).



helm-Institut für Kulturpflanzenzüchtung gegründet, doch schon Ende 1944 mußte man für die zum Teil mehrjährigen Versuchspflanzen eine Ausweichstation suchen.

Adolf Butenandt — mit 34 Jahren Direktor

In Dahlem war der Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie mit der Abteilung für Tabakforschung, Carl Neuberg, 1934 als „Nichtarier“ zwangspensioniert worden, mitten im fruchtbaren Schaffen, das den Ruhm seines Instituts in alle Welt getragen hatte. Nur kommissarisch behielt er noch die Leitung, bis ein Nachfolger gefunden war, der damals 34 Jahre alte Adolf Butenandt. Im November 1936 trat er sein Amt als neuer Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie (jetzt ohne Abteilung für Tabakforschung) an. Das Institut wurde völlig umgebaut und erweitert, so daß es, wie im Jahrbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von 1939 vermerkt, „jetzt zu den modernsten und besteingerichteten Arbeitsstätten der biologischen Chemie zählt. Es ist in erster Linie auf das große, neu erschlossene Gebiet der Wirkstoffe, der Vitamine, Hormone und Enzyme, eingestellt.“

Carl Neuberg setzte seine Arbeiten in einem Privatlaboratorium einer Nahrungsmittelfabrik in Berlin-Steglitz fort. Die Ausstattung des Laboratoriums kam zu ei-

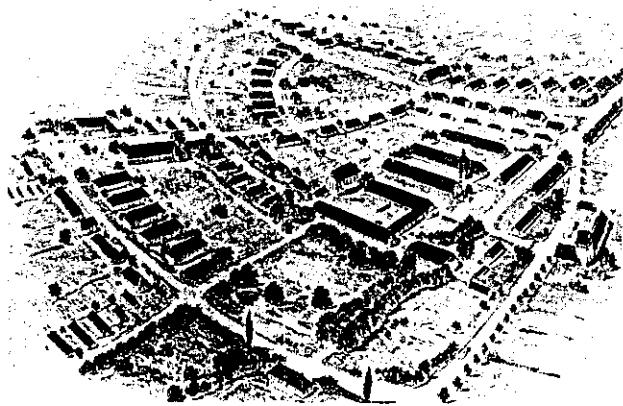


Abb. 10. Großzügig konzipiert und großzügig unterstützt wurde das 1938 gegründete Kaiser-Wilhelm-Institut für Tierzuchtforschung, für das 1939 ein 1800 Hektar großes Areal, das Gut Dummerstorf bei Roslock, gefunden wurde. Ein ganzes Forschungsdorf sollte hier entstehen.

nem guten Teil (und heimlich) aus seinem alten, unter neuer Leitung stehenden Institut. Nach den Pogromen der „Reichskristallnacht“ im November 1938 war jedoch für Carl Neuberg kein Bleiben mehr. 1939, wenige Wochen vor Kriegsausbruch, verließ er, jetzt 62 Jahre alt, Deutschland für immer und ging über Jerusalem in die USA nach New York. Nach dem Krieg nahm er das Angebot, an sein altes Institut zurückzukehren, nicht an, wurde aber zum Auswärtigen Wissenschaftlichen Mitglied des Max-Planck-Instituts für Biochemie ernannt.

Adolf Butenandt erhielt 1939 den Nobelpreis für Chemie, doch seit 1936 der im Konzentrationslager Oranienburg inhaftierte Publizist Carl von Ossietzky mit dem Friedensnobelpreis für 1935 ausgezeichnet worden war, durfte kein Deutscher mehr diesen „Preis der Preise“ annehmen. So mußte ihn Butenandt ablehnen. Nach dem Krieg hat dann 1949 die Schwedische Akademie der Wissenschaften Adolf Butenandt die Urkunde und die Medaille überreicht, nicht jedoch das mit dem Nobelpreis verbundene (1939 verfallene) Geld. Genauso erging es Richard Kuhn, der als Chemiker am Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg wirkte. Ihm wurde 1939 der Nobelpreis für Chemie für 1938 verliehen. Auch er mußte ihn ablehnen und erhielt gleichfalls später nur die Urkunde und die Medaille. Im Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung hatte man den „nichtarischen“ Direktor des Instituts für Physiologie, Otto Meyerhof, noch bis August 1938 halten können. Dann mußte er Deutschland verlassen und ging in die USA.

Das vor dem Krieg fast ausschließlich von der chemischen Industrie über die Emil-Fischer-Gesellschaft finanzierte Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie wurde seit 1926 von Otto Hahn geleitet. Ihm stand die Physikerin Lise Meitner als weiteres Wissenschaftliches Mitglied zur Seite. Als österreichische Staatsangehörige und Jüdin mußte sie 1938 nach dem „Anschluß“ Österreichs im März des gleichen Jahres auf abenteuerlichen Wegen aus Deutschland fliehen, kam zunächst nach Dänemark und später nach Schweden. Sie hatte mit Otto Hahn einige radioaktive Isotope der natürlichen Zerfallsreihen entdeckt, doch an dessen Entdeckung der Kernspaltung im Dezember 1938, gemeinsam mit Fritz Straßmann, war sie dann nicht mehr beteiligt. Sie war jedoch die erste, die diese Entdeckung physikalisch richtig deutete und die Möglichkeit von Kernspaltungs-Kettenreaktionen erkannte.

Hahn erhielt dafür 1945 (zu dieser Zeit noch mit einer Reihe von prominenten deutschen Physikern in britischem Gewahrsam) den Nobelpreis für Chemie des Jahres 1944. Im August 1945 waren die beiden ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki geworfen worden, ein Ereignis, das Otto Hahn außerordentlich (und noch bis in seine späten Jahre hinein) verfolgte und belastete. Im Jahrbuch der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von 1939 wird zu diesem Institut sibyllinisch erklärt, es habe „gerade in letzter Zeit ent-

scheidende Ergebnisse auf dem Gebiet der Radiumchemie und der Radiumphysik sowie der Atomumwandlung erzielt“.

1936 konnte endlich auch der Bau des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik mit den versprochenen, dann aber nur noch zum Teil verfügbaren Mitteln der Rockefeller Foundation erreicht werden, nachdem das Reich die Ausstattung des Instituts übernommen hatte. Dazu gehörte insbesondere eine Hochspannungsanlage zur Beschleunigung von Protonen und schweren Atomkernen, neben dem Zyklotron des Kaiser-Wilhelm-Instituts für medizinische Forschung in Heidelberg einer der ersten Hochenergie-Beschleuniger überhaupt. Der holländische Physiker Petrus (Peter) Debye (gerade mit dem Nobelpreis für Chemie 1936 ausgezeichnet) wurde Direktor des Instituts, Max von Laue (bereits 1914 mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnet) blieb stellvertretender Direktor.

Bald nach Kriegsbeginn, im September 1939, wurde das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik dem Heereswaffenamt unterstellt mit dem Ziel, einen Uranbrenner, wie man damals sagte, einen Atomreaktor, zu entwickeln. Da sich der Holländer Debye jedoch weigerte, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, ließ er sich beurlauben und unternahm Vortragsreisen in die USA. Als sich die Entwicklung des Uranbrenners jedoch als langwieriger und darum nicht mehr kriegsentscheidend entpuppte, wurde das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik Anfang 1942 wieder aus der Obhut des Heereswaffenamts entlassen und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zurückgegeben.

Diese beauftragte nun den damals 41 Jahre alten (1933 mit dem Nobelpreis für Physik 1932 ausgezeichneten) Werner Heisenberg mit der Leitung dieses Instituts. Doch er wurde nur Direktor *am* Institut, weil die Stelle *des* Direktors für Debye freigehalten wurde. Die Entwicklung des Uranbrenners ging hier weiter, doch die Fertigstellung einer einfachen Kettenreaktionseinheit gelang bis Kriegsende nicht mehr. Die zur Verfügung stehenden Mengen an Uran und Schwerem Wasser reichten dafür nicht aus.

Das Institutsgebäude in Dahlem hat den Krieg weitgehend unbeschädigt überstanden, und nicht ohne Staunen liest man noch heute über dem Eingang, in Stein gemeißelt, „Max-Planck-Institut für Physik“. Es wird berichtet, irgendwelche Wichtigtuer in Rusts Ministerium hätten an dieser offiziell nicht genehmigten Institutsbezeichnung damals — es muß im Frühjahr 1937 gewesen sein — Anstoß genommen und eine Entfernung der Inschrift verlangt. Man wollte wohl keine „Martyrer-Verehrung“ für den vor dem Ausscheiden stehenden Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Daraufhin habe Debye den Namen Planck mit einem Brett, einer Planke, abgedeckt. Nach zwei Wochen öffentlichen Spotts wurde dann offiziell die Entfernung der Planke angeordnet. — So gab es schon ein Jahrzehnt vor der Gründung der Max-Planck-Gesellschaft das erste Max-Planck-Institut, und das noch in Berlin.

MM I 10 / 439

75 Jahre Max-Planck-Gesellschaft

Ein Kapitel deutscher Forschungsgeschichte

Teil 3: Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg und
Aufbau zu einer umfassenden Forschungsorganisation

Robert Gerwin, München*

MM 1 10 / 439 - 3

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erschien auch das Ende der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unabwendbar. Doch unter neuem Namen, als Max-Planck-Gesellschaft, und als Ergebnis mühevollen Verhandeln wurde schließlich ein Wiederaufbau möglich, der in den sechziger Jahren in einen grundlegenden Neuaufbau einmündete. Trotz realer Stagnation des Haushalts und trotz gleichbleibender Zahl der Mitarbeiter seit Anfang der siebziger Jahre aber setzt sich dieser Prozeß bis heute fort. Auch in diesem dritten und letzten Beitrag wird versucht, unter Verwendung neuer Materialien ein realistisches Bild der Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft zu zeichnen. Bei der Fülle der erst in Ansätzen historisch aufgearbeiteten Unterlagen muß dieses Bild jedoch unvollständig bleiben. Außerdem fehlt bei den jüngeren Ereignissen die für eine historisch-kritische Darstellung notwendige zeitliche Distanz, so daß der Berichtszeitraum etwa 1960 endet, obgleich für die dann folgenden zwei Jahrzehnte gerade aus den Instituten noch viel zu berichten wäre.

Es sah bedrohlich aus. In der Vier-Mächte-Kontrollkommission, die Deutschland seit dem Zusammenbruch des Reichs im Mai 1945 regierte, hatte der Ober-

kommandierende der US-Streitkräfte in Deutschland den Vorschlag eingebracht, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aufzulösen. Sie sei, so hieß es, eine gefährliche Organisation schimpflicher Vorgänger, ausgestattet mit einem beträchtlichen Kriegspotential. Ihre Institute wollte man, soweit sie überhaupt noch bestanden, den nächstgelegenen Universitäten zuschlagen.

Allein die Briten widersetzten sich diesem Vorschlag. Sie waren als Besatzungsmacht mit einer klaren forschungspolitischen Konzeption gekommen. Dazu gehörte ihr Bemühen, den Fortbestand der Kaiser-Wilhelm-Institute zu sichern. Da es in der Vier-Mächte-Kontrollkommission damals jedoch Brauch war, daß sich eine Besatzungsmacht nicht den gemeinsamen Vorstellungen der übrigen drei Mächte widersetze, gaben die Briten schließlich dem amerikanischen Verlangen nach. Der endgültigen Zerschlagung der einst so renommierten Forschungsorganisation stand

* Teil 1 im Heft 1/1986, S. 1—10. — Teil 2 im Heft 2/1986, S. 49—62.



Abb. 1. So sah das ehemals stolze Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Dahlem im März 1944 aus. Fast alle Berliner Institute wurden nun ausgelagert.

nun eigentlich nichts mehr im Wege. Es mußte nur noch ein entsprechendes Gesetz verabschiedet werden. Man schrieb das Frühjahr 1946.

Ein neuer Name statt der verlangten Auflösung

Zwei Monate später trafen sich in Berlin die Sachverständigen der vier Besatzungsmächte, um das Gesetz zur Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu formulieren. Um 10 Uhr begann die Sitzung. Als erste wichtige Aufgabe stellte sich das Problem, für das Gesetz einen Namen zu finden. Dabei war zu klären, ob man die Bezeichnung „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ unübersetzt lassen sollte oder ob es besser sei, von der „Emperor William Society“ zu sprechen. Über diese Frage gab es eine heftige Diskussion, die erst gegen Mittag zu einer Einigung führte. Doch da erklärte der sowjetische Vertreter, ein junger Major, die letzte Entscheidung in dieser Frage könne er nicht ohne seinen Vorgesetzten treffen. Er müsse ihm erst noch die beiden Alternativen vortragen.

Erleichtert verließ der britische Vertreter, Oberst Bertie Blount von dem „Research Branch“, die Sitzung. Nun wußte er, daß dieses Gesetz nicht so schnell zustande kommen würde und für die Rettung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft noch eine Chance bestand, wenn es nur gelang, schnell zu handeln. Aber was konnte geschehen? In London gab es ein „Advisory Committee“, das dem „Research Branch“ der Militärregierung in Deutschland zur Seite stehen sollte. Vorsitzender dieses Beirats war der bekannte Physiologe Sir Henry Dale (Nobelpreis für Physiologie und Medizin 1936), Direktor des Instituts für Medizinische Forschung in London.

Bertie Blount schätzte den Wert solcher Beiräte bei politischen Fragen nicht sehr hoch ein. Trotzdem wollte er (wie er später in seinen im Berliner Archiv der Max-Planck-Gesellschaft hinterlegten Erinnerungen berichtet hat) bei seiner nächsten Dienstreise nach London die Möglichkeit nutzen, sein Problem, „mit einem vernünftigen und erfahrenen Menschen“ durch-

zusprechen. So suchte Blount eines Abends im Juli 1946 Sir Henry auf und berichtete ihm von seinen Sorgen mit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Der aber sah die Sachlage nicht so kritisch und sagte: „Es ist doch nur der Name, gegen den man etwas hat. Schon die Worte „Kaiser Wilhelm“ erwecken die Vorstellung von Säbelrasseln und Flotten-Demonstration. Nennen Sie das Ganze Max-Planck-Gesellschaft und alle werden zufrieden sein.“

Nun wußte Colonel Blount: Ganz so einfach würde es nicht sein. Ein neuer Name statt der Auflösung, das würde die Kontrollkommission nicht zufriedenstellen. Dennoch wies Sir Henrys Rat in die richtige Richtung. „Es lag in unserer Macht“, so hat Blount in seinen Erinnerungen geschrieben, „in der britischen Zone die Gründung einer Max-Planck-Gesellschaft zu erlauben und zu dieser Gründung zu ermuntern, einer Gesellschaft mit den gleichen Zielen, wie sie die zum Tode verurteilte Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hat. Ich sah keinen Grund, warum es nicht zumindest in der britischen Besatzungszone möglich sein sollte, allen Besitz der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf die neu zu gründende Max-Planck-Gesellschaft zu übertragen.“

Wer geglaubt haben mochte, dieser Vorschlag wäre von den Mitgliedern der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als genialer Schachzug gefeiert worden, mußte sich getäuscht sehen. Otto Hahn, der seit dem 1. April 1946 (nach Rückkehr aus der britischen Internierung) an der Spitze der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft stand, reagierte heftig auf Blounts Empfehlung: „Dann bin ich also unter falschen Voraussetzungen gewählt (worden), denn ich habe die Wahl als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und nicht einer anderen Gesellschaft angenommen.“

Otto Hahn drohte sogar, sein Präsidentenamt niederzulegen und in sein Institut zurückzukehren, in das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie. Dieses arbeitete seit seiner Verlagerung aus Dahlem gegen Ende des Krieges in einer Textilfabrik in Tailfingen, jetzt in der französischen Besatzungszone, in Württemberg-Hohenzollern gelegen. Mit seiner Drohung aber brachte Hahn Colonel Blount in erhebliche persönliche Schwierigkeiten. Blount hatte die Freilassung der in England internierten und für den Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Institute dringend gebrauchten deutschen Atomwissenschaftler auf der Basis eines Gentleman's Agreement erwirkt. Danach waren die Wissenschaftler zwar völlig frei, durften jedoch die britische Besatzungszone nicht verlassen. Die Stadt Göttingen beherbergte damals in ihren Mauern nicht weniger als sechs Nobelpreisträger.

Als dann aber die englischen Wissenschaftler, die Otto Hahn und seine Kollegen um Intervention bei der britischen Regierung gebeten hatte, nur ausweichend antworteten, und als auch die offiziellen Stellen in London nachdrücklich deutlich machten, daß die Kaiser-Wilhelm-Institute zwar erhalten bleiben sollten, doch der Name verschwinden müsse, fügte man sich dem Druck. Durch Vermittlung des früheren Reichs-



Abb. 2. Wachablösung englischer Soldaten vor dem Tor der Aerodynamischen Versuchsanstalt in Göttingen im März 1946. Hier war auch die Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft untergebracht.



Abb. 3. Nach der Gründungssitzung der Max-Planck-Gesellschaft in der britischen Zone am 11. September 1946 in Bad Driburg stellte man sich dem Photographen. In der Mitte des Bildes Oberst Bertie Blount, hinter ihm Otto Hahn, der Präsident der Gesellschaft, rechts von ihm Prälat Georg Schreiber.

tagsabgeordneten Prälat Georg Schreiber, ein Senator der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft vor 1933, traf man sich am 11. September 1946 im Clementinum, einem katholischen Konvikt in Bad Driburg (20 km östlich von Paderborn) zur Gründung des Vereins „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“. Der Wirkungsbereich dieser neuen Gesellschaft erstreckte sich jedoch lediglich auf die britische Besatzungszone. Sie wurde auch mehr als Sammelbecken betrachtet für den Augenblick, da der Auflösungsbeschluß der Alliierten gesetzlich wirksam werden sollte.

Der Kreis der Gründungsmitglieder war dementsprechend klein: Neben dem auch hier einstimmig zum Präsidenten gewählten Otto Hahn zählten dazu der Kultusminister von Niedersachsen, Adolf Grimme, gleichfalls ein Freund der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus der Zeit vor 1933, Prälat Georg Schreiber, die Nobelpreisträger Adolf Windaus und Max von Laue, der Physiker Walther Gerlach, der Physiologe und Rektor der Universität Göttingen, Hermann Rein, sowie Ernst Telschow, der Generalsekretär. Der greise Max Planck hatte mit Freude, aber ohne jede Eitelkeit, die Erlaubnis gegeben, seinen Namen zu verwenden; es war der letzte große Dienst, den er der Gesellschaft leistete. Präsident Otto Hahn blieb allerdings auch nach der Gründung der Max-Planck-Gesellschaft noch eine Zeitlang bei der offiziellen Bezeichnung Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Wie das Kriegsende überstanden wurde

Die Gründung der Max-Planck-Gesellschaft vor nunmehr 40 Jahren beendete eine Phase des Umbruchs, die eigentlich schon im Kriege, im Sommer 1943, ein-

geleitet wurde. Damals wurde die Verlagerung der wichtigen Kaiser-Wilhelm-Institute aus der vom Bombenkrieg immer mehr in Mitleidenschaft gezogenen Reichshauptstadt Berlin angeordnet. So fand das Dahlemer Institut für Biochemie in Instituten und Kliniken der Universität Tübingen Aufnahme. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie wurde nach zwei schweren Bombenschäden im Februar und März 1944 nach Taifingen in Württemberg (heute Albstadt) verlegt. Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Biologie fand im benachbarten Hechingen Unterschlupf, und auch das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik wurde dorthin verlagert. In dem Felsenkeller einer Brauerei, mitten in der Stadt, unternahm Werner Heisenberg und seine Mitarbeiter einen letzten (vergeblichen) Versuch, eine atomare Kettenreaktionseinheit (einen Kernreaktor) in Betrieb zu setzen.

Nur das 1912 für Fritz Haber gebaute (und dann bis 1933 vor allem durch ihn geprägte) Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie und Elektrochemie blieb in Berlin. Hier waren nach dem Ausscheiden Habers vom preußischen Kultusministerium, ohne daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gefragt worden wäre und auf die Berufung Einfluß gehabt hätte, wenig profilierte Wissenschaftler als Direktoren eingesetzt worden. Das einst wissenschaftlich so angesehene Institut machte nun weitgehend angewandte Forschung und hatte sich der Zuständigkeit der Generalverwaltung weitgehend entzogen. Die ursprünglich sehr vernünftige Konzeption von Friedrich Schmidt-Ott, die Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Institute durch das preußische Kultusministerium berufen zu lassen und sie zu Staatsbeamten zu machen, zur Stärkung ihrer Unabhängigkeit gegenüber den privaten Geldgebern, hatte in diesem Fall zum Gegenteil geführt.

Die Generalverwaltung war bei der teilweisen Zerstörung des Berliner Schlosses im Herbst 1944 ausgebombt worden und hatte in Dahlem in den Räumen des nach Hechingen verlagerten Instituts für Physik behelfsmäßig Unterkunft gefunden. Dr. Ernst Telschow, der Generalsekretär der Gesellschaft, plante nun die Verlegung der Generalverwaltung nach Westen, nicht zuletzt, um dem in Dortmund wohnenden Präsidenten, Dr. Albert Vögler, bei seinen in zweiwöchigen Abständen stattfindenden Arbeitsbesuchen ein Stück entgegenzukommen. Göttingen erschien als geeigneter Ausweich-Standort, denn im dortigen Kaiser-Wilhelm-Institut für Strömungsforschung und in der angrenzenden Aerodynamischen Versuchsanstalt gab es einige freie Räume. So bereitwillig die offiziellen Stellen aber auch die Verlagerung der Forschungsinstitute unterstützt hatten, zur Umsiedlung der Generalverwaltung sagte der zuständige Reichsminister Albert Speer ein entschiedenes Nein. Sie sollte wie alle Spitzen der Reichsbehörden und gleichrangigen Dienststellen in Berlin bleiben.

So kam man auf den trickreichen Plan, in Göttingen eine Zweigstelle der Generalverwaltung einzurichten. Dabei siedelten fast alle Mitarbeiter der Verwal-

29
 tung nach Göttingen um. Allerdings konnten sie nur leichtes Gepäck und nur die wichtigsten Akten mitnehmen. Ernst Telschow als Chef der Dienststelle mußte notgedrungen in Dahlem bleiben. Doch er wirkte Ende März 1945 beim Militärbefehlshaber des Wehrkreises Berlin die Erlaubnis für eine Reise mit seinem sturmerprobten DKW-Dienstwagen zu den nach Westen verlagerten Instituten und nach Göttingen zur Inspektion der neuen Generalverwaltungs-Zweigstelle. So kam er gerade zurecht, als in Göttingen am 8. April 1945 die Amerikaner kampflos einmarschierten.

Zuvor aber hatte Telschow noch eine Finanzierungsvorkehrung organisiert, die sich für den Fortbestand der Gesellschaft als außerordentlich wichtig erweisen sollte. Von der „Fördergemeinschaft der deutschen Industrie“ war der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Herbst 1944 ein Betrag von einer Million Reichsmark zur Verfügung gestellt worden, den Telschow entsprechend der Zahl der Beschäftigten auf die Institute verteilte, so daß diese nach dem Ausfall der Etat-Mittel noch für ein halbes Jahr ihre Mitarbeiter bezahlen konnten. Von Präsident Vögler als „Geschäftsführender Vorstand“ mit allen Vollmachten ausgestattet, verpflichtete Telschow die Direktoren: „Ich weise aber ausdrücklich darauf hin, daß es sich bei dieser Kreditgewährung um eine Maßnahme handelt, die vom Institut nur im äußersten Notfall in Anspruch genommen werden darf. Für die Inanspruchnahme ist der Direktor persönlich und allein verantwortlich. Die auf diesem Wege abgehobenen Beträge werden dem Institut bei späteren Etat-Überweisungen in voller Höhe angerechnet.“

Kurz vor dem Zusammenbruch erhielt Telschow vom Hause Siemens sogar noch eine weitere Million, die er nach eigenem Ermessen für den Betrieb der Institute und der Generalverwaltung nach Kriegsende verwenden konnte. Wenn die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft weiter existieren sollte, mußte man den eingearbeiteten Stamm der Wissenschaftler und des technischen Personals zusammenhalten und weiterhin bezahlen können. Dies funktionierte nach dem Zusammenbruch auch wie erhofft, bis etwa ab 1946 die Länder, in denen sich die verlagerten Institute und geflüchteten Institutsreste befanden, die Anschlußfinanzierung übernahmen. Nur in der amerikanischen Besatzungszone wurden die Konten der Kaiser-Wilhelm-Institute willkürlich gesperrt.

In ihrer Arbeit „Wissenschaftsorganisation und Restauration“, hat Maria Osietzky festgestellt: „Es ist offensichtlich, daß Telschows Entscheidung (zur Verlagerung der Generalverwaltung nach Göttingen) nicht nur eine Flucht aus dem bombengefährdeten Berlin gewesen ist, sondern auch ein Abrücken von der Hauptstadt des nationalsozialistischen Deutschlands.“

Mühevoller Neubeginn in Göttingen

Zwei Tage nach der Besetzung Göttingens erschienen zwei bewaffnete Soldaten bei Telschow, um ihn und

seine langjährige Mitarbeiterin, Erika Bollmann, zur Vernehmung abzuholen. Nach einem Marsch durch die Stadt standen sie schließlich vor fünf amerikanischen Offizieren, gut unterrichteten Professoren in Uniform. Sie befragten Telschow eingehend über das Schicksal der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in den letzten Monaten, die Lage der Institute und den Verbleib der Direktoren.

„Als ich gleich zu Beginn der Verhandlungen darauf hinwies, daß ich Parteimitglied (gewesen) sei“, so hat Telschow später über diese Vernehmung berichtet, „sagte mir der Vorsitzende lächelnd: ‚Das wissen wir alles, wir kennen Sie und Ihre Arbeit für die Gesellschaft besser als Sie glauben! Als er erfuhr, daß wir, wie es bei Flüchtlingen damals häufig vorkam, an diesem Tag noch nichts gegessen hatten, ließ er Schokolade und Apfelsinen bringen, die wir“, so Telschow weiter, „aus Stolz natürlich nicht sofort aßen“.

Die Aerodynamische Versuchsanstalt mit dem Ausweichbüro der Generalverwaltung wurde von amerikanischen Truppen besetzt gehalten, aber alle Proteste nützten nichts. Die Spitze der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft war damit auf ein Zwei-Personen-Büro reduziert, das Erika Bollmann wie folgt geschildert hat: „So mußten wir improvisieren und richteten in dem möblierten Zimmer von Dr. Telschow ein sogenanntes Büro ein, das kaum mehr aufwies als Papier, Bleistifte und eine von einer Studentin geliehene Schreibmaschine. Die Buchführung ging zunächst in einem Oktavheft vor sich. Eigentlich schien nun alles zu Ende zu sein.“

Bevor die Amerikaner die Stadt Göttingen den Briten und Mitteldeutschland den sowjetischen Besatzungstruppen überließen, gelang ein Beispiel internationaler Solidarität der Wissenschaft, das für den Fortbestand der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft große Bedeutung erlangen sollte. Der Göttinger Physiker Robert Wichart Pohl, ein Freund Plancks, überredete den bekannten amerikanischen Astronomen Gerhard Kuiper, der hier im Rahmen der sogenannten Alsos-Mission zur Vernehmung der deutschen Wissenschaftler eingesetzt war, Max Planck nach Göttingen zu bringen, bevor die Amerikaner Mitteldeutschland endgültig geräumt und an die sowjetischen Truppen übergeben hatten. Planck lebte zu dieser Zeit in Rogätz, am westlichen Elbe-Ufer 30 km nördlich von Magdeburg, unter höchst primitiven Umständen.

Am 16. Mai 1945, spät abends, erschien Kuiper nach abenteuerlicher Fahrt, verschmitzt lachend, bei Plancks Nichte in Göttingen und brachte in seinem Jeep die Familie Planck. Für den an schwerer Arthrose leidenden, jetzt 87jährigen alten Herrn war die über 200 km weite Reise ein Martyrium gewesen. Doch nun konnte er, von seinen Angehörigen und Freunden umhegt, die ihm noch verbleibenden Lebensjahre verbringen.

Vor allem aber auch: Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft hatte wieder einen Präsidenten, die Voraussetzung für Ernst Telschows Bemühen, die Verbindungen

zu den Instituten neu zu knüpfen und so die Gesellschaft zu erhalten. Planck erklärte sich sofort bereit, so hat Telschow später geschrieben, „nach außen hin das Amt des Präsidenten zu übernehmen“. Und Telschow hat hinzugefügt: „Dieser Entschluß war entscheidend für den Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, denn seine Autorität gab eine Grundlage für alle weitere Arbeit, die von der Generalverwaltung übernommen wurde.“

Ein weiterer Glücksfall kam hinzu: Göttingen wurde britische Besatzungszone, und bei der britischen Militärregierung erhielt ein Mann die Zuständigkeit für die Wissenschaft, der nach diesem zerstörerischen Krieg auf eine Gelegenheit wartete, etwas Positives zu tun, etwas Positives für die Entwicklung friedlicher Wissenschaft: Colonel Dr. Bertie Kennedy Blount. Er war zum Abschluß seines Studiums nach Deutschland gegangen und hatte 1931 in Frankfurt bei Walther Borsche im Fach Chemie promoviert. Karl Friedrich Bonhoeffer, ein Schüler von Fritz Haber, war einer seiner Prüfer gewesen. Die meisten Veröffentlichungen, für die er sich dann als organischer Chemiker eines britischen Unternehmens interessierte, waren aus dem Laboratorium von Richard Kuhn (Nobelpreis für Chemie 1938) im Kaiser-Wilhelm-Institut für medizinische Forschung in Heidelberg gekommen. Entsprechend hoch war seine Meinung von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Ihn mußte Telschow nicht erst überzeugen. Beide, Telschow und Blount, verstanden sich auch persönlich sofort.

Blount unterhielt neben seinem offiziellen Büro bei dem „Research Branch“ in Minden ein zweites Büro in Göttingen in der Aerodynamischen Versuchsanstalt der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und half nun Telschow, zu den Instituten zu reisen, vor allem in der amerikanischen und in der französischen Besatzungszone. Es mußte unter allen Umständen die zentrale Organisation der Gesellschaft erhalten bleiben. Ausdrücklich forderte Präsident Planck in einem Schreiben an die Direktoren, „bei örtlich auftretenden Fragen von entscheidender Bedeutung die Gesamtheit im Auge zu behalten“. Gerade in ihrer gemeinschaftlichen Arbeit liege die Stärke der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Unterschiedliche Politik der Besatzungsmächte

Das Problem der Separation stellte sich vor allem in der französischen Besatzungszone, wo zwar die Weiterarbeit der einzelnen Institute ähnlich wie in der britischen Zone kräftige Förderung erfuhr, doch deren Rückkehr in ein „zentralisiertes Organ“ sehr skeptisch gesehen und abgelehnt wurde. Als später in Mainz von der französischen Besatzungsbehörde eine neue Universität begründet wurde, umwarb man auch die ehemaligen Dahlemer Institute in Tübingen, Hechingen und Taifingen, sich endgültig in Mainz anzusiedeln.

Nur das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie folgte diesem Ruf.

Die Amerikaner waren offensichtlich mit sehr hochgespannten Erwartungen nach Deutschland gekommen. Tagelang, wochenlang, monatelang wurden die Wissenschaftlichen Mitglieder und Direktoren der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verhört und befragt, bis man ihnen entweder Stellungen in den USA anbot oder sie, gleichgültig ob politisch belastet oder nicht, aufgrund einer besonderen Verordnung „automatisch“ in Haft nahm. Die Dauer dieser Haft war unterschiedlich und bedeutete nicht nur für die Betroffenen eine erhebliche körperliche und seelische Belastung. Sie beschwor für die Institute auch die Gefahr herauf, daß die wissenschaftliche Mannschaft auseinanderlief. Zum Teil wurden die Institute auch besetzt und erst nach längerer Zeit wieder freigegeben, beispielsweise in Heidelberg. Dort räumte das Aero Medical Center erst im März 1947 die beschlagnahmten Teile des Kaiser-Wilhelm-Instituts für medizinische Forschung.

Ein zunächst höchst fatal erscheinender Schuß wurde dem gerade langsam wieder Fahrt gewinnenden Schiff „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ von Berlin aus vor den Bug gesetzt. Hier hatte der Bürgermeister des Verwaltungsbezirks Zehlendorf den Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie, Peter Thiessen, kurzerhand zum Leiter der gesamten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft erklärt. Alle „Beamten, Angestellten und Lohnempfänger der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft“ wurden aufgefordert, den Weisungen von Prof. Thiessen „unbedingt Folge zu leisten“.

Doch schon nach zwei Wochen erklärte Thiessen, er werde in Kürze in die Dienste der Sowjet-Regierung treten und nach Rußland gehen. Sein Nachfolger wurde der Physikochemiker Dr. Robert Havemann, der früher im Kaiser-Wilhelm-Institut für physikalische Chemie gearbeitet hatte, doch dann aus politischen Gründen verfolgt worden war. Er wurde, obgleich er sich danach gar nicht so drängte, vom Oberbürgermeister von Berlin und vom Magistrat nicht nur zum Direktor des Instituts, sondern auch zum vorläufigen Leiter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bestellt. Mit dem Anspruch „damit die Rechte und Aufgaben des Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in vollem Umfang satzungsgemäß und zugleich im Sinne der neuen Sach- und Rechtslage auszuüben“, erklärte er sämtliche Vollmachten, „die vom früheren Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft oder ihrem früheren Generalsekretär erteilt worden sind“, für aufgehoben.

Damit nicht genug: Havemann hob durch ein Rundschreiben an die Banken der drei Westzonen, bei denen sich die Konten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft befanden, auch die Verfügungsberechtigungen von Dr. Telschow auf und erklärte sich und seinen Sekretär allein für zeichnungsberechtigt. Die diesem Rundschreiben als Kopie beigefügte Bestallungsurkunde und Eintragung ins Vereinsregister verfehlten ihre Wir-

kung nicht. In der Göttinger Geschäftsstelle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft machte sich tiefer Pessimismus breit. Nun schien wirklich alles aus zu sein.

Doch das Blatt wendete sich bald, als Telschow, der gerade wieder einmal Institute besuchte und nicht erreichbar war, nach Göttingen zurückkam. Sein steter Optimismus, seine Tatkraft und sein Schwung richteten die Mannschaft wieder auf, so daß Erika Bollmann in ihren Erinnerungen feststellen konnte: „Die schnelle Reaktion und die von Geheimrat Planck und Dr. Telschow eingeleiteten Gegenmaßnahmen klärten sehr bald die Lage und brachten die Wiedereinsetzung der rechtmäßig Bevollmächtigten. Die ‚Nebenregierung‘ in Berlin fand ihr endgültiges Ende, als Dr. Havemann im Januar 1948 von der amerikanischen Militärregierung (in Berlin) seines Amtes enthoben wurde.“

Es war von vornherein klar, daß die erneute Präsidentschaft Max Plancks nicht von langer Dauer sein konnte. Bei einem Gespräch im Sommer 1945, geführt auf einer Bank an der damals noch ganz ruhigen Herberger Landstraße in Göttingen, so erinnert sich Telschow, waren er und Geheimrat Planck sich bald darin einig, daß eigentlich keine andere Persönlichkeit für dieses Amt in Frage kommen werde als Otto Hahn, der allerdings zu dieser Zeit in England mit den deutschen Physikern interniert war. Schnell wurde eine briefliche Abstimmung unter den erreichbaren wissenschaftlichen Mitgliedern der Gesellschaft durchgeführt und der daraus resultierende Vorschlag, ihn zum Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wählen zu lassen, dem Internierten auf Schleichwegen mitgeteilt.

Präsident zu werden — ein erschreckender Gedanke

Otto Hahn empfand dieses Angebot mehr als Verpflichtung, denn als Genugtuung. An seine Frau schrieb er damals: „Der Gedanke, daß ich eventuell Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft werden soll, hat mich sehr erschreckt; aber ich kann jetzt wohl nicht ablehnen, so gern ich's täte.“ Er glaubte, außer seiner unbelasteten politischen Vergangenheit nichts mitzubringen, was ihn für dieses Amt besonders geeignet erscheinen lasse.

Nun arrangierte es Colonel Blount, daß Otto Hahn und Werner Heisenberg, obgleich noch immer interniert, besuchsweise nach Göttingen reisen durften, um sich hier die Voraussetzungen zur Neuerrichtung ihrer Institute anzusehen. Einige Tage nach diesem Besuch wurde Otto Hahn offiziell vom Senat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zum neuen Präsidenten gewählt. Am 1. April 1946 konnte er sein Amt antreten, nachdem er im Februar zurückgekehrt war. Während seiner Internierung hatte er den Nobelpreis für Chemie 1944 erhalten.

Alle Energie war nun darauf gerichtet, die Anerkennung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in allen drei

westlichen Besatzungszonen zu erreichen. Doch die Vier-Mächte-Kontrollkommission beschloß auf amerikanische Initiative hin, wie eingangs berichtet, die Auflösung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Es fehlte nur noch das entsprechende Gesetz.

In dieser Situation bat die „Washington Post“ Otto Hahn um eine Einschätzung der „Atomenergie“ vor dem Hintergrund seiner eigenen Arbeiten und dem, was er darüber in den letzten zwei Jahren aus den USA erfahren hatte. Doch Hahn nutzte diese Gelegenheit in seiner offenen, aufrichtigen und unbestechlichen Art, um am Beispiel seines Mitarbeiters Fritz Straßmann, dem Mitentdecker der Kernspaltung, eine Lanze zu brechen für die jungen deutschen Wissenschaftler, die während des Nazi-Regimes in den Konflikt geraten waren, in die Partei einzutreten, um weiterarbeiten zu können, oder den Verlust ihrer Stellung und ihres Lebensunterhalts zu riskieren.

Außerdem attackierte Otto Hahn in seinem Artikel für die „Washington Post“ ganz massiv die amerikanische Bevormundung der Forschung in Deutschland und scheute sich dabei nicht, diese Politik mit dem Vorgehen der Nazis zu vergleichen. Hahn wörtlich: „Unsere Hoffnungen auf den Einmarsch der Westmächte und damit (auf) das Aufhören des dauernden Drucks des Nazismus haben sich in dieser Hinsicht — vor allem in der US-Zone — nicht erfüllt. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, diese in der Welt bekannte Organisation freier wissenschaftlicher Forschung, wird aufgelöst, und in der amerikanischen Zone soll nicht einmal eine lose Vereinigung der Institute bestehen bleiben. Gerade das, was die Institute ausgezeichnet hat, die Freiheit von behördlicher Bevormundung, (die) völlige Unabhängigkeit in der Wahl der wissenschaftlichen Themen, (die) freie Verfügung über die bewilligten personellen und materiellen Mittel, zusammengefaßt in einer Organisation, die den Direktoren der Institute die lästige Verwaltungsarbeit abnahm, soll also in der US-Zone nicht mehr fortbestehen, auch nicht unter anderem Namen. Wir verstehen es nicht, wie wir manches nicht verstehen.“

Dieser Brief wurde einen Monat vor der Gründung der ersten, auf die britische Besatzungszone beschränkten Max-Planck-Gesellschaft in Bad Driburg geschrieben. Mit dieser Gründung signalisierte die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zwar ihre Bereitschaft, auf ihren Namen zu verzichten, doch an der destruktiven Einstellung der Amerikaner, mit General Lucius D. Clay an der Spitze der Militärregierung, änderte das vorerst nichts. Die Idee, daß eine wiedererrichtete Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von ein paar „Verschwörern“ im Handumdrehen in ein wirkungsvolles Instrument des Krieges verwandelt werden könne, war nicht so leicht auszuräumen zu einer Zeit, als in Nürnberg der erste große Kriegsverbrecherprozeß seinem Höhepunkt entgegenging und dort der Hauptanklagepunkt „Verschwörung gegen den Frieden“ lautete.

Nein, er habe nicht vor, die Forschung in Deutschland insgesamt zu ächten, versicherte General Clay in

einem Brief an Otto Hahn. Die Suche nach Wahrheit in der Wissenschaft sei ein unabdingbares Recht aller Völker. Doch eine wirkungsvolle Forschungsorganisation vom Typ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, nein, die wolle man auf keinen Fall wieder. — Ob bei so betont idyllischen Vorstellungen von reiner Wissenschaft nicht auch etwas schlechtes Gewissen mitschwang? Schließlich waren zu dieser Zeit die deutschen Rüstungsexperten längst in den Dienst der Siegermächte getreten.

Als Otto Hahn seinen „Bluttausch“ bekam

Doch steter Tropfen höhlt den Stein, und Otto Hahns Hartnäckigkeit hatte schließlich Erfolg. Am 4. August 1947 erreichte er eine persönliche Unterredung mit General Clay in dessen Frankfurter Hauptquartier. Sie brachte einen grundsätzlichen Umschwung in der Einstellung Clays zur Arbeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.

Ernst Telschow hat über diese Begegnung später berichtet: „Wir wurden zum vereinbarten Termin pünktlich empfangen. Während ich im Vorzimmer beim Adjutanten des Generals blieb, führte Professor Hahn im Nebenzimmer die Unterhaltung. Sie war außerordentlich lebhaft, man hörte beide Herren sehr erregt sprechen. Hahn bekam, wie er zu sagen pflegte, seinen (im übrigen sehr selten auftretenden) ‚Bluttausch‘ und machte General Clay klar, daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft niemals eine nazistische Organisation gewesen wäre.“

Den weiteren Verlauf dieser Unterredung hat Hahn selbst so beschrieben: „Auf meinen dringenden Appell hin sagte der General schließlich zu, unsere Sache mit seinen zuständigen Mitarbeitern zu besprechen. Und tatsächlich blieb der Erfolg nicht aus. Mitte Januar 1948 erfuhr ich, daß General Clay unterschrieben hatte, was für uns endgültig grünes Licht bedeutete.“

Sofort wurde eine Mitgliederversammlung zur Gründung der eigentlichen Max-Planck-Gesellschaft nach Göttingen einberufen. Nur mit Mühe fanden die eingeladenen Direktoren und selbständigen Abteilungsleiter Unterkunft in der Stadt. Meist mußten sie privat untergebracht werden, denn die Währungsreform sollte erst vier Monate später stattfinden. Zwei Tage vor dieser Zusammenkunft wurde noch schnell die 1946 in Bad Driburg gegründete Max-Planck-Gesellschaft aufgelöst. Es konnte ja nicht zwei Gesellschaften gleichen Namens geben.

Die Gründungsversammlung trat am 26. Februar 1948 in der Kantine der Aerodynamischen Versuchsanstalt (die um diese Zeit immer noch „Kameradschaftshaus“ genannt wurde) zusammen. Otto Hahn begrüßte die Teilnehmer und gab einen Bericht über die bisher geleistete Arbeit. Er schloß seine Ausführungen mit einem Dank an Ernst Telschow. Die von einer kleinen Kommission entworfene Satzung wurde ohne Änderungen angenommen, und man wählte sogleich den Senat und den ersten Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, den fast 69 Jahre alten Otto Hahn.

Als Zweck der Gesellschaft war in Paragraph 1 der Satzung formuliert, die Gesellschaft sei „eine Vereinigung freier Forschungsinstitute, die nicht dem Staat und nicht der Wirtschaft angehören. Sie betreiben die wissenschaftliche Forschung in völliger Freiheit und Unabhängigkeit, ohne Bindung an Aufträge, nur dem Gesetz unterworfen“. Schon mit einem jährlichen Beitrag von 100 Reichsmark konnte man nun Förderndes Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft werden. Das Gründungsprotokoll trug 49 Unterschriften.

Am Abend dieses ereignisreichen Tages wurde sogar eine Pressekonferenz gegeben, und „Die Neue Zeitung“ schrieb anschließend: „An der Wiege der ‚Max-Planck-Gesellschaft‘ standen führende Wissenschaftler, darunter die Nobelpreisträger Otto Hahn, Werner Heisenberg, Richard Kuhn, Max von Laue, Heinrich

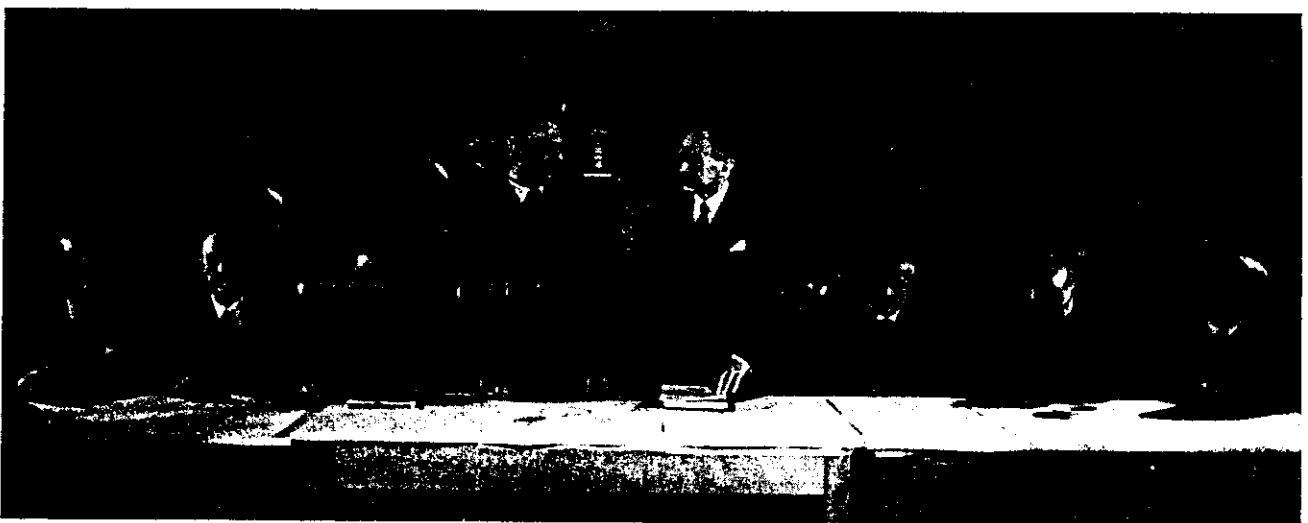


Abb. 4. Die Gründungssitzung der „eigentlichen“ Max-Planck-Gesellschaft fand am 26. Februar 1948 in Göttingen statt, jetzt bereits mit Presse und Wochenschau. Am schlichten Präsidiumstisch vor der Büste Max Plancks Präsident Otto Hahn (stehend, rechts) und der Kultusminister von Niedersachsen, Adolf Grimme (stehend, links). Sitzend von rechts nach links die Nobelpreisträger Adolf Windaus, Richard Kuhn und Max von Laue, links neben Grimme Vizepräsident Erich Regener.

Wieland und Adolf Windaus. Mit ihrer Gründung hat die freie wissenschaftliche Forschung in Deutschland eine neue und gesicherte Grundlage erhalten. Schon haben die meisten Institute weitgehende Forschungserlaubnis. Dank des Vertrauens der Militärregierungen zu den deutschen Wissenschaftlern wird auch wieder auf Gebieten gearbeitet, die uns seit der Besetzung verschlossen waren.“

Zum 70. Geburtstag Otto Hahns, am 8. März 1949, überreichten Institute und Forschungsstellen dem Präsidenten eine bescheidene Festschrift, in der sie ihr „Überleben“ während der zu Ende gehenden Dekade schilderten. Das waren zu dieser Zeit (einschließlich der Generalverwaltung) 34 selbständige Forschungseinrichtungen, darunter fünf, die auch weiterhin als Kaiser-Wilhelm-Institute firmierten: die Institute in der französischen Besatzungszone.

Auch bei der Lösung dieses Problems, der Eingliederung der in Südwürttemberg gelegenen Institute, hatte die Max-Planck-Gesellschaft das Glück, in der Person von Adolphe Lutz einen echten Freund zu finden. Er war in der französischen Militärregierung verantwortlich für die Forschung, ähnlich wie Bertie Blount in der britischen Zone. Er sah ganz nüchtern, daß die offizielle französische Linie, die Institute zwar frei forschen zu lassen, ihnen jedoch einen Anschluß an eine zentrale Forschungsorganisation zu verwehren, auf die Dauer nicht durchzuhalten sei. Das kleine Land Württemberg-Hohenzollern hatte, so sehr es sich auch engagieren mochte, auf die Dauer nicht die Mittel, die nach hier verlagerten, hochqualifizierten Dahlemer Institute zu finanzieren. Darum würde die britische Besatzungszone, so argumentierte Lutz, einen solchen Sog ausüben, daß ein Abwandern der Wissenschaftler, ja ganzer Institute, unausweichlich sei.

Langsam gewann Lutz für diese Überzeugung die Militärstellen in Paris, vor allem aber seinen Chef, Ge-

neral Humbert, der wiederum der Chef des „Cabinet militaire“ von General König war, dem Leiter der französischen Militärregierung. Ohne dessen offizielle Zustimmung abzuwarten und dazu förmlich ermächtigt zu sein, unterzeichnete Lutz am 8. Juli 1949 ein Drei-zonen-Abkommen zur Anerkennung der Max-Planck-Gesellschaft, gemeinsam mit Bertie Blount und Carl Nordström für die britische und die amerikanische Forschungs-Kontrollbehörde. Es gab Proteste auf französischer Seite, und Lutz bekam erhebliche Schwierigkeiten, doch schließlich führte dieser Schritt am 3. Oktober 1949 zur offiziellen Anerkennung der Max-Planck-Gesellschaft in der französischen Zone.

Auch Sterne gehen einmal unter

Die tatsächliche Eingliederung dieser Institute in die Max-Planck-Gesellschaft erfolgte dann allerdings nicht ohne Irritationen. Eine ungeschickte Äußerung Telschows (er war auch vom neuen Senat wiederum zum Geschäftsführenden Mitglied des Verwaltungsrats gewählt und so als Generaldirektor an der Spitze der Generalverwaltung bestätigt worden) entwickelte sich plötzlich zu einem zentralen Problem. Einzelne Direktoren in der französischen Zone wollten plötzlich den Beitritt ihrer Institute zur Max-Planck-Gesellschaft vom Ausscheiden Telschows abhängig machen. Soweit kam es nicht. Doch ab Oktober 1951 mußte Telschow seine Stellung als Geschäftsführendes Mitglied des Verwaltungsrats mit Dr. Otto Benecke teilen.

Eine zweite Forderung aus der Südwest-Ecke der Kaiser-Wilhelm- und Max-Planck-Gesellschaft erledigte sich mehr oder weniger von selbst: die Rehabilitation des früheren Generaldirektors, Dr. Friedrich Glum. Er war nach dem Kriege bei OMGUS, der amerikanischen Militärregierungs-Dienststelle in Berlin aufgetaucht. Die Finanzierung der Deutschen Forschungshochschule in Berlin, zu der insbesondere die hier ansässigen früheren Kaiser-Wilhelm-Institute zusammengefaßt worden waren, hatte ihn auch in die Rolle eines Treuhänders für die anderen Kaiser-Wilhelm-Institute in der amerikanischen Besatzungszone gebracht. Das wiederum kollidierte mit den Interessen der Göttinger Zentrale.

Als Glum bald darauf Ministerialdirigent in der Bayerischen Staatskanzlei wurde und im Auftrag des bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard bereits an einer Verfassung für die spätere Bundesrepublik zimmerte, setzte er das Bemühen um eine zentrale Finanzierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fort, ohne daß dies jedoch dort auf besondere Gegenliebe stieß. Beharrlich gingen sich er und Telschow gegenseitig aus dem Weg.

Da wurde im Juli 1948 im Parteiblatt der Bayernpartei über einen Artikel referiert, den Glum im Oktober 1933 in der Berliner Börsen-Zeitung geschrieben hatte. Die darin enthaltenen Huldigungen an Hitler, sein Aufruf an die Intellektuellen, dieser Bewegung



Abb. 5. Das Drei-Zonen-Abkommen, das die Anerkennung der Max-Planck-Gesellschaft auch in der französischen Zone brachte, wurde im Juli 1949 in der Generalverwaltung der Max-Planck-Gesellschaft in Göttingen unterzeichnet. Im Bild von links nach rechts Adolphe Lutz für die französische Seite, Bertie Blount von der britischen und Carl Nordström von der amerikanischen Forschungs-Kontrollbehörde, ganz rechts Ernst Telschow.

gegenüber nicht mehr kritisch abseits zu stehen, ja sogar seine abfällige Bewertung der „minderwertigen Literaten jüdischer Rasse“ hätte man ihm wohl noch verziehen. Doch daß er darin als genialste Leistung des „wirklich genialen Staatsmanns“ Hitler die Erstickung der „Gegenrevolution in Bayern“ gefeiert hatte und den Mut Hitlers, „das heiße Eisen des bayerischen Länderpartikularismus anzupacken, noch vor der endgültigen Liquidation der Länder durch die Gleichschaltungsgesetze“, das war zuviel.

Von einem auf den anderen Tag verschwand Glum von der politischen Bühne in Bayern. Hatte ihm dieser Artikel schon im Dritten Reich nicht helfen können, sich politisch über die Runden zu retten, so brach er ihm jetzt das Genick. Dabei waren Friedrich Glums Verdienste um den Auf- und Ausbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ohne Zweifel außerordentlich groß und durchaus mit denen von Ernst Telschow vergleichbar, auch wenn dieser seine Arbeit für die Gesellschaft unter wesentlich schwereren Bedingungen erbringen mußte. Glum hatte während seines Wirkens wohl Ach-

tung gefunden, doch nicht bleibende Freunde. Otto Hahn hatte ihn wohl nie so recht gemocht.

Daß nun auch Telschows Stern offenkundig zu sinken begann, hatte jedoch nichts zu tun, auch nicht mit den Denunzierungsversuchen, denen er mehrfach ausgesetzt war. Die eigentliche Ursache muß wohl in dem nun wiedererstarkenden Selbstbewußtsein der Wissenschaftler gesehen werden. Sie erlangten im Zuge des Wiederaufbaus der Forschung einen Freiraum, wie sie ihn in dieser Breite vorher nicht besessen hatten. Andererseits machten sie sich das Leben nicht leicht: Nicht jeder, der vor 1945 wissenschaftliches Mitglied und Direktor gewesen war, wurde automatisch auch in die Max-Planck-Gesellschaft aufgenommen.

Der Neuaufbau beginnt

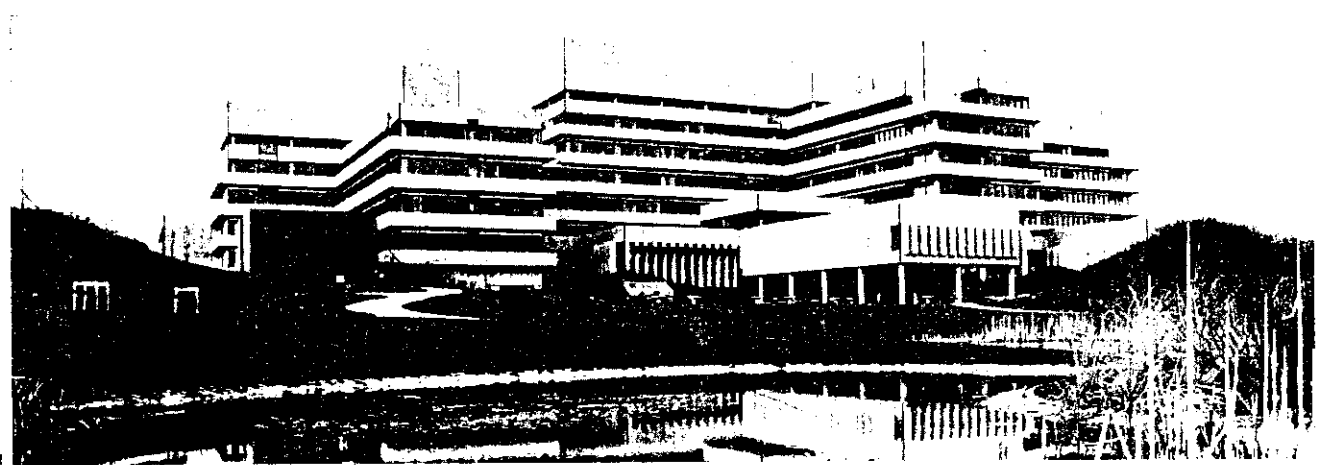
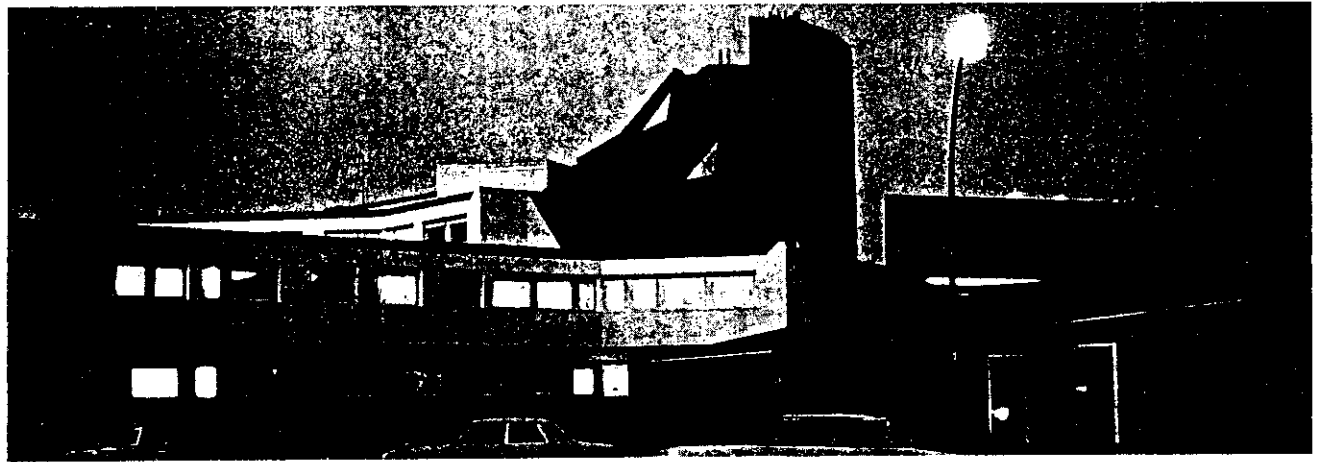
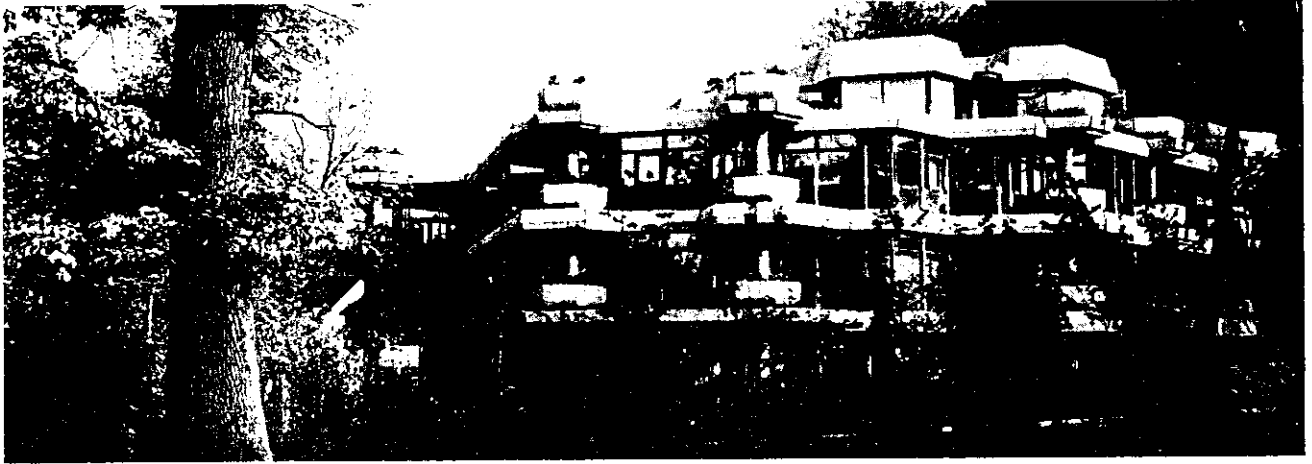
In Anpassung an den damaligen Sprachgebrauch ist für die Zeit nach 1948 immer vom Wiederaufbau der Kaiser-Wilhelm- beziehungsweise Max-Planck-Gesell-



Abb. 6 a. Wachablösung an der Spitze der Max-Planck-Gesellschaft. Nach der Rückkehr aus der britischen Internierung im Frühjahr 1946 wird der zum Präsidenten gewählte Otto Hahn vom großen, vorübergehend als Präsident amtierenden Max Planck begrüßt und zum Nobelpreis beglückwünscht. Im Hintergrund von rechts nach links Werner Heisenberg, Adolf Windaus und Max von Laue. — b. 1960 übergab dann Otto Hahn bei der Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Bremen das Amt des Präsidenten an Adolf Butenandt. — c. Butenandt wiederum übergab, gleichfalls in Bremen, 1972 das Präsidentenamt an Reimar Lüst. — d. Und wiederum 12 Jahre später und wieder in Bremen ging das Präsidentenamt im Juni 1984 von Reimar Lüst auf Heinz A. Staab.

MM | 10 / 439

35



MMI 10/439

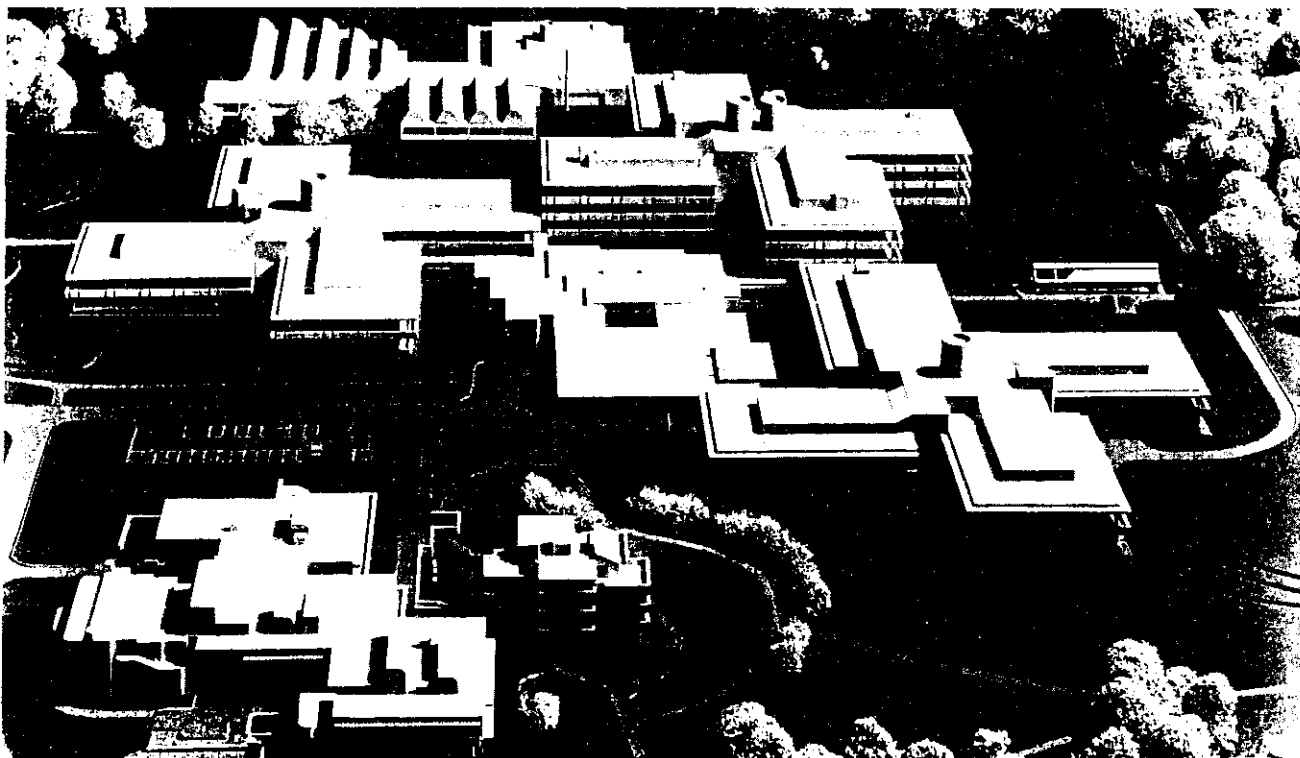


Abb. 7. Nahezu alle Institutsgebäude wurden in den 60er und 70er Jahren neu errichtet: Das Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg (a), das Max-Planck-Institut für biophysikalische Chemie in Göttingen-Nikolausberg (b), das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin (c), das Forschungszentrum in Stuttgart für das Max-Planck-Institut für Festkörperforschung und das Max-Planck-Institut für Metallforschung (d) und das biomedizinische Zentrum in Martinsried für das Max-Planck-Institut für Biochemie und Teile des Max-Planck-Instituts für Psychiatrie im Süden Münchens (e, Modellaufnahme).

schaft gesprochen worden. Doch in Wirklichkeit war das ein Neuaufbau, bei dem zunächst noch viele „Verzatzstücke“ verwendet wurden, die den Krieg überstanden hatten. Aber die Forschungsinhalte wandelten sich schnell von Grund auf. Schon die schnell zunehmende Internationalisierung der Wissenschaft führte zu dieser Entwicklung, wenn auch der direkte Austausch wie der Besuch in ausländischen Laboratorien, insbesondere in den USA, und die Teilnahme an internationalen Fachkongressen erst mit Verzögerung in Gang kamen. Die totale Niederlage Deutschlands eröffnete den Weg zum wirklichen Neubeginn.

Mit der Währungsreform im Juni 1948 erhielt die Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft langsam eine solide Basis. Im März 1949 erklärten sich die Vertreter der elf Länder erstmalig zu einer Gesamt-Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft und der Kaiser-Wilhelm-Institute in der französischen Zone mit einem Globalzuschuß von 11,5 Millionen DM bereit. Damit wurden die höchst unterschiedlichen Finanzierungs-Provisorien in den verschiedenen Besatzungszonen beendet. Beispielsweise mußte man in der französischen Zone bis dahin mit einem Not-Etat des Landes Württemberg-Hohenzollern leben, der den Instituten nur eine 70prozentige Auszahlung der Gehälter und Löhne erlaubt hatte. Schon einen Monat später schlossen die Länder in Königstein das berühmte Staatsabkommen über die Finanzierung wissenschaftlicher Forschungseinrichtungen, das, wenn auch spä-

ter durch eine 50prozentige Beteiligung des Bundes entscheidend ergänzt, bis heute im Kern die Finanzierungsgrundlage der Max-Planck-Gesellschaft geblieben ist.

Im Februar 1958 berichtete Ernst Telschow im Rundfunk: „Die letzten zehn Jahre haben nicht nur eine Konsolidierung gebracht, sondern es ist auch gelungen, die besonders schwierige Finanzierung der Gesellschaft und ihrer Institute auf eine völlig neue Basis zu stellen. Die Zuschüsse, die die Gesellschaft von den Ländern erhält, haben sich inzwischen auf 30 Millionen erhöht. Auch die Hilfe der Bundesregierung wird uns jetzt zuteil, im letzten Jahr mit einem Betrag von 8 Millionen DM. Eine große Anzahl von neuen Institutsgebäuden konnten wir errichten, und die Zahl der Beschäftigten überschreitet jetzt das zweite Tausend. Allerdings verlangt die Forschung infolge der neu auftauchenden Probleme zunehmend höhere Aufwendungen.“

In Berlin betreute zunächst die Deutsche Forschungshochschule die dortigen ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institute. Diese durften hier ab 1952 sogar den Namen „Max-Planck-Institut“ führen, wie das schon seit 1937 über dem ehemaligen Kaiser-Wilhelm-Institut für Physik in Dahlem stand. Zum 1. Juli 1953 wurde die Deutsche Forschungshochschule aufgelöst, so daß die ehemaligen Institute fortan wieder voll zur Max-Planck-Gesellschaft gehören konnten.

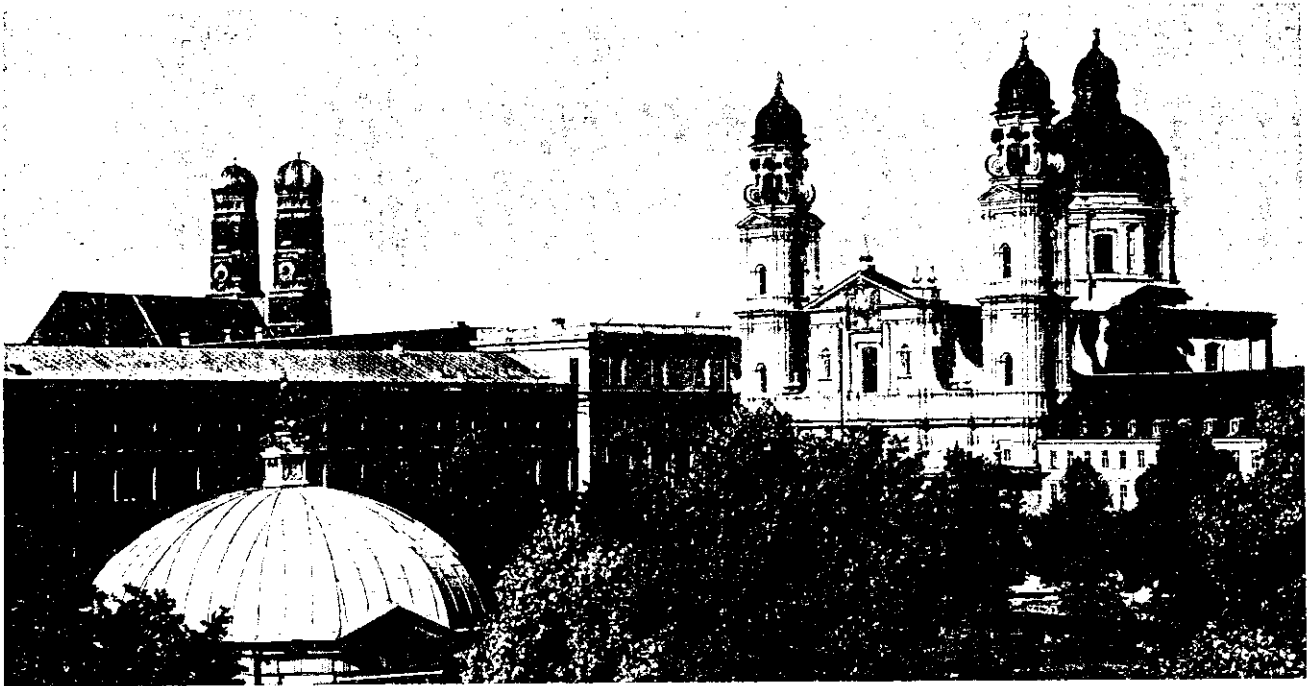


Abb. 8. Die Generalverwaltung arbeitet seit 1960 wieder in einem Schloß, in der Münchener Residenz.

Aus Anlaß der Übernahme der Berliner Institute fand 1953 auch die Hauptversammlung der Max-Planck-Gesellschaft in Berlin statt. Die Liquidierung der alten Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde aber erst im Juni 1960 bei ihrer letzten (außerordentlichen) Hauptversammlung in Berlin abgeschlossen, bereits unter dem Vorsitz des neuen Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft, des Nobelpreisträgers Adolf Butenandt. Er betonte, wie schmerzlich es für alle sei, sich nun endgültig von dem Namen Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft trennen zu müssen. Bis dahin waren immer noch vereinzelte Überlegungen aufgetaucht, ob und wie nicht doch der alte Name zu retten sein würde.

Mit der Präsidentschaft von Adolf Butenandt begann ab 1960 eine bemerkenswerte Wachstums- und Reorganisationsphase. In ihrem zwölfjährigen Verlauf entwickelte sich die Max-Planck-Gesellschaft zu einer Forschungsorganisation mit über 8000 fest angestellten Mitarbeitern. Das Jahres-Budget stieg von 80 Millionen DM auf eine halbe Milliarde DM an. Neue physikalische Arbeitsrichtungen, wie Radioastronomie, optische Astronomie und Festkörperforschung, wurden aufgegriffen, die Geistes- und Sozialwissenschaften wurden wesentlich verstärkt. Im medizinisch-biologischen Bereich entstanden große Forschungszentren von internationalem Zuschnitt, wie beispielsweise die Max-Planck-Institute für molekulare Genetik in Berlin, für experimentelle Medizin in Göttingen, für biophysikalische Chemie, gleichfalls in Göttingen, und für Biochemie in Martinsried bei München.

1964 wurde bei einer Satzungsreform in der Max-Planck-Gesellschaft das Prinzip der kollegialen Institutsleitung eingeführt und dem Präsidenten die Verantwortung für die Wissenschaftspolitik der Gesell-

schaft offiziell übertragen. Gegen Ende seiner Präsidentschaft im Jahre 1972 brachte Adolf Butenandt noch eine zweite Satzungsreform auf den Weg, die die Mitwirkung aller im wissenschaftlich-technischen Bereich tätigen Mitarbeiter an wichtigen Entscheidungen der Institute und der Gesellschaft institutionell sicherte. Dies war eine sicher zurückhaltende, doch weise Strukturreform, wie die Entwicklung an so manchen Universitäten und Hochschulen später gezeigt hat.

Als dann Reimar Lüst als siebter Präsident 1972 die Leitung der Gesellschaft übernahm, war es mit dem Wachstum vorbei. Instituts-Neugründungen waren jetzt nur noch durch Schließungen an anderer Stelle möglich — und so ist es bis heute im Prinzip geblieben. Die geringen Zuwachsraten der staatlichen Zuschüsse bedeuten seit langem praktisch ein Stagnieren des Haushalts der Max-Planck-Gesellschaft. Trotzdem wurden in den letzten zehn Jahren elf neue Institute gegründet. Dazu zählen beispielsweise das Max-Planck-Institut für Quantenoptik in Garching bei München, das Max-Planck-Institut für Mathematik in Bonn, das Max-Planck-Institut für Psycholinguistik in Nijmegen/Holland, das Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg und das Max-Planck-Institut für Polymerforschung in Mainz. Aber auch die Max-Planck-Institute für Sozialrecht, psychologische Forschung und Gesellschaftsforschung sind zu nennen.

Nach wie vor ein eingetragener Verein

Die Max-Planck-Gesellschaft beschäftigt heute an rund 60 Instituten und selbständigen Forschungsgruppen insgesamt etwa 10 000 Mitarbeiter, davon über

Nobelpreisträger der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft

Name	Jahr der Verleihung	Fach	Wissenschaftliches Mitglied und/oder Institutsdirektor	sonstige Aktivitäten des Laureaten in der Gesellschaft
Max von Laue	1914	Physik	1923—1959	
Richard Willstätter	1915	Chemie	1912—1916	1928—1936 Auswärtiges Wissenschaftl. Mitglied
Fritz Haber	1918	Chemie	1911—1933	
Max Planck	1918	Physik	1930—1937	1945—1946 Präsident der KWG
Albert Einstein	1921	Physik	1917—1933	
Otto Meyerhof	1922	Medizin	1924—1938	1949—1951 Auswärtiges Wissenschaftl. Mitglied vorher Wissenschaftlicher Mitarbeiter,
James Franck	1925	Physik	1919—1920	1926—1936 Auswärtiges Wissenschaftl. Mitglied, 1948—1964 Wissenschaftliches Mitglied der MPG
Otto Warburg	1931	Medizin	1913—1970	
Carl Bosch	1931	Chemie	1937—1940	Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft
Werner Heisenberg	1932	Physik	1942—1970	
Hans Spemann	1935	Medizin	1914—1919	1928—1941 Auswärtiges Wissenschaftl. Mitglied
Petrus Debye	1936	Chemie	1935—1943	
Richard Kuhn	1938	Chemie	1929—1967	
Adolf Butenandt	1939	Chemie	1936—1972	1960—1972 Präsident der MPG
Otto Hahn	1944	Chemie	1912—1968	1946—1960 Präsident der MPG
Walther Bothe	1954	Physik	1934—1957	
Karl Ziegler	1963	Chemie	1943—1969	
Feodor Lynen	1954	Medizin	1954—1979	bereits seit 1952 im Institut tätig
Manfred Eigen	1967	Chemie	1958—	bereits seit 1951 im Institut tätig
Konrad Lorenz	1973	Medizin	1951—1973	
Georges Kohler	1984	Medizin	1984—	
Klaus von Klitzing	1985	Physik	1985—	Die zum Nobelpreis führende Arbeit als Forschungsstipendiat der MPG angefertigt

4000 Wissenschaftler. Der Haushalt liegt derzeit etwas über 1 Milliarde DM und beläuft sich damit auf etwa 2 Prozent der in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt für Forschung ausgegebenen Beträge. Die Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft geschieht heute fast ausschließlich durch öffentliche Mittel, wobei ein Sockelbetrag von 87 Prozent, die Grundfinanzierung, vom Bund einerseits und den elf Bundesländern andererseits je zu etwa gleichen Teilen aufgebracht wird. Nur etwa 20 Millionen des derzeit rund 1-Milliarde-Jahreshaushalts sind nichtöffentliche Mittel: zweckgebundene Zuwendungen von Stiftungen und verschiedenen Unternehmen der Wirtschaft sowie die privaten Mittel der Gesellschaft.

Nach wie vor ist die Max-Planck-Gesellschaft ein eingetragener Verein mit etwa 1000 Fördernden Mitgliedern, die nicht nur wegen ihrer Mitgliedsbeiträge

für die Unabhängigkeit und Flexibilität der forschungspolitischen Entscheidungen außerordentlich wichtig sind. Jeder Bürger kann heute Mitglied der Max-Planck-Gesellschaft werden, ohne gleich ein kleines Vermögen stiften zu müssen. Doch auch dies geschieht.

Forschung ist ein dynamischer Prozeß, und Selbstgefälligkeit wäre der Anfang der Bedeutungslosigkeit. Professor Heinz A. Staab, der seit Sommer 1984 als achter Präsident an der Spitze der Max-Planck-Gesellschaft steht, hat kürzlich aus Anlaß des Jubiläumsjahrs erklärt: „Wir müssen die Qualität unserer Forschung immer wieder neu kritisch überprüfen, und wir dürfen nicht allein mit dem Ansehen, das die Max-Planck-Gesellschaft in den letzten 75 Jahren aufgebaut hat, in die Zukunft hineinleben. Es lohnt sich, sich für diese Gesellschaft zu engagieren.“

MM I 10 / 439